

Biersteuererhöhung per 1. April 1995 bringt dem Bund Mehreinnahmen von rund 5,5 Millionen Franken. Wenn wir jetzt von einer Neuverteilung dieser zirka 2 Millionen sprechen, so ist das ein sehr bescheidener Beitrag im Vergleich zum daraus resultierenden gesamtwirtschaftlichen Nutzen.

Mit unserem Vorstoss greifen wir nicht in den Gesetzgebungsprozess ein, sondern stellen sicher, dass gewisse Eckpfeiler auch im Hinblick auf eine Harmonisierung mit unseren Nachbarländern rechtzeitig bewerkstelligt würden. Die Ausarbeitung einer vernünftigen und der Situation angepassten Staffelung ist nämlich Sache der Oberzolldirektion.

Die vorgeschlagene Biersteuerstaffel ist eine faire, meiner Meinung nach vernünftige und vor allem auch praktikable Lösung. Vor einem Jahr hat uns der Bundesrat die Antwort auf meinen Vorstoss zugestellt und darin Handlungsbedarf signalisiert – ich zitiere –: «Insbesondere aus wettbewerbspolitischer Sicht sowie aus Gründen der Eurokompatibilität steht der Bundesrat einer Umgestaltung des schweizerischen Besteuerungssystems positiv gegenüber.» Er hat dann letztlich angefügt, dass noch Fragen zu klären seien, weshalb er ein Postulat daraus machen möchte.

Ich bin einverstanden mit dem Vorschlag des Bundesrates, diese Motion in ein Postulat umzuwandeln, bin aber schlicht und einfach nicht einverstanden mit der vorberatenden Kommission. Ich finde das Vorgehen, auch ein Postulat abzulehnen, bevor eine Motion überhaupt begründet werden konnte, unüblich. Das entspricht eigentlich nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten.

Stich Otto, Bundesrat: Ich bitte Sie mit der Kommission, die Motion des Ständerates abzulehnen.

Hingegen sind wir natürlich bereit, wie das bereits gesagt worden ist, die Motion Tschuppert Karl in der Form eines Postulates entgegenzunehmen. Ich glaube, es macht wenig Sinn, heute über die Ausgestaltung der Biersteuer zu diskutieren. Wir sind auf jeden Fall daran, das Gesetz zu revidieren. Von uns aus gesehen werden wir natürlich auch dafür sorgen, dass Wettbewerbsgerechtigkeit herrscht und dass die Besteuerung eben auch europakompatibel wird.

Deshalb sind wir bereit, diese Motion in der Form eines Postulates entgegenzunehmen, aber unter keinen Umständen als eine Verpflichtung, die Biersteuerstaffel einzuführen. Das könnten wir nicht akzeptieren.

Motion 93.3641
Abgelehnt – Rejeté

Motion 93.3616

Abstimmung – Vote
Für Überweisung des Postulates
Dagegen

95 Stimmen
22 Stimmen

94.102

Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999.

Kredite

Promotion de la science dans les années 1996–1999. Crédits

Botschaft, Gesetz- und Beschlussentwürfe
vom 28. November 1994 (BBl 1995 I 845)
Message, projets de loi et d'arrêté
du 28 novembre 1994 (FF 1995 I 821)

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Haering Binder Barbara (S, ZH), Berichterstatterin: Wissenschaftspolitik steht selten auf der Traktandenliste unserer Räte, obwohl Politikerinnen und Politiker in Ansprachen, in Artikeln vor Wahlen immer wieder auf die Bedeutung von Wissenschaft und Bildung für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft hinweisen. Nun gut, dieser Umstand könnte ja darauf zurückzuführen sein, dass sich in diesem Politikbereich keine Probleme stellen, dass alles zum besten bestellt ist, niemand etwas auszusetzen hätte oder ändern möchte. Ich denke, dies war auch lange Zeit der Fall.

Nach intensiven forschungs- und bildungspolitischen Diskussionen, Debatten zu Beginn der siebziger Jahre, d. h. im Nachgang der achtundsechziger Auseinandersetzungen, flaute das Interesse der Politik für diesen Bereich ab. Die Fragen schienen ausdiskutiert, und gleichzeitig waren in den Jahren der Hochkonjunktur genügend öffentliche Finanzen vorhanden, um alle und damit auch sich widersprechende Bedürfnisse zu befriedigen. Eine Auseinandersetzung um Prioritäten war überflüssig. Parallel zum abnehmenden Interesse der Politik fand innerhalb des Wissenschaftsbereiches selber eine zunehmende Entpolitisierung statt.

Die Folgen dieses Auseinanderklaffens von Gesellschaft und Wissenschaft, die fehlende Debatte über wissenschafts- und bildungspolitische Perspektiven sind markant. Ich werde drei dieser Folgen aufzählen:

1. Wissenschaftsförderung hat heute keine politische Priorität mehr. Dies lässt sich aufgrund der Budgetdiskussionen der letzten Jahre klar aufzeichnen. Der Quantensprung der Wissenschaftsförderung, wie er mit der letzten Forschungsförderungsbotschaft vor vier Jahren angekündigt worden war, wurde im Verlauf der letzten Jahre durch die Budgetdebatten sukzessive zurückgenommen. Diese Go-and-stop-Politik hat für die Forschungsprogramme sehr schwerwiegende Konsequenzen gezeitigt.

2. Nach Jahren der Saturiertheit fehlt innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft die politische Kultur der Auseinandersetzung und der Konsensfindung um Prioritäten und Posterioritäten. Immer wieder werden wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit den Partikulärinteressen einzelner Forschungsrichtungen und Organisationen konfrontiert. Ich erinnere Sie an den Auftritt der Nobelpreisträger, als sie vor einigen Monaten die Felle ihrer Grundlagenforschung davon schwimmen sahen. Ich hätte mich gefreut, sie hätten sich heute, wo es grundsätzlich um die Förderung von Wissenschaft und Bildung geht, ebenso pointiert geäußert. Dieses interne Hickhack schwächt den Gesamtbereich in seiner Auseinandersetzung mit anderen Politikbereichen.

3. In dieser Situation überrascht es wohl nicht, dass nicht nur die durch den Bundesrat beantragten Kredite der Forschungsförderung nicht genügen, um die inhaltlichen Ziele, wie sie in der Botschaft dargelegt werden, zu erfüllen, sondern dass darüber hinaus die Qualität dieser Botschaft selber unbefriedigend ist.

Damit komme ich zur Eintretensdebatte unserer Kommission. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur hat einen ganzen Sitzungstag der Eintretensdiskussion zu dieser

Botschaft über die Förderung der Wissenschaft gewidmet. Diese ausführliche Debatte könnte zumindest einen Einstieg in einen Repolitiserungsprozess des Wissenschafts- und Bildungsbereichs darstellen.

Unsere Eintretensdebatte kreiste um vier Schwerpunktthemen:

1. Diskrepanz zwischen den beantragten Krediten und den in der Botschaft postulierten Zielen und Programmen: Mit den vom Bundesrat beantragten Krediten kann das Ziel der Stärkung des Wissenschaftsplatzes Schweiz nicht erreicht werden. Nachdem der Bundesrat die vom EDI beantragten Kredite in letzter Minute nochmals kürzte, besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Buchstaben und den Zahlen dieser Botschaft. Wir werden bei der Detailberatung auf diesen Punkt vertieft eingehen, denn mit den beantragten Krediten werden insbesondere die Schwerpunktprogramme der Wissenschaftsförderung nicht in der vorgesehenen Form auszuführen sein.

2. Strukturreform: Seit zwanzig Jahren kritisieren wir die Intransparenz und Ineffizienz der Entscheidungs- und Kontrollstrukturen im Bereich von Bildung und Wissenschaft. Das Thema ist also nicht neu; bereits bei der Behandlung der letzten Botschaft über die Förderung der wissenschaftlichen Forschung vor vier Jahren stellte die Notwendigkeit einer Strukturreform eines der zentralen Diskussionsthemen dar.

Ein entsprechendes Postulat der Kommission, das im übrigen damals vom Bundesrat entgegengenommen wurde, verlangte eine Revision dieser Führungsstrukturen bis zur nächsten Beitragsperiode – nicht weil wir gerne abstrakte Strukturdiskussionen führen, sondern weil wir zum Schluss kamen, dass die bestehenden Strukturen das Erarbeiten einer nationalen Wissenschaftspolitik verunmöglichen.

Geschehen ist seither nichts. Alles ist beim alten geblieben. Folgerichtig vertröstet uns die jetzt vorliegende Botschaft erneut auf die nächste Förderungsperiode, und dies, obwohl im einleitenden Kapitel der Botschaft die Dringlichkeit einer Strukturreform im Hinblick auf eine nationale Perspektive der Wissenschaftspolitik unterstrichen wird. Was bleibt uns als Parlament, als Kommission anderes übrig? Die Kommission versucht es einmal mehr mit einem Postulat.

3. Überblick Finanzströme: Der Bund gibt jährlich 4 Milliarden Franken für Forschung, Wissenschaft und höhere Bildung aus. Dies ist selbst nach allen Kürzungen der letzten Jahre sehr viel Geld. Nach wie vor fehlt ein umfassender und gleichzeitig detaillierter Überblick über diese Finanzströme.

Erstes Beispiel: Die vorliegende Botschaft umfasst lediglich 20 Prozent der erwähnten Budgetmittel. Die Gelder für die ETH sind beispielsweise in dieser Botschaft nicht inbegriffen. Somit findet über diesen Bereich auch keine öffentliche Diskussion statt.

Zweites Beispiel: Die Ressortforschung verschlingt pro Jahr 500 Millionen Franken. Das ist mehr Geld, als dem Nationalfonds insgesamt zur Verfügung gestellt wird. Doch besteht über die Ressortforschung der Departemente keinerlei Rechenschaftspflicht, und auch die Forschungsergebnisse sind in der Regel nicht öffentlich. Ein Prinzip, das sonst für alle öffentlich finanzierte Forschung sakrosankt ist.

Da wir die detaillierten Finanzströme nicht kennen, können wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch nicht feststellen, welche Ziele der Forschungspolitik effektiv umgesetzt werden – auch hier Intransparenz. Eine Kritik, die im übrigen von der Finanzkommission in ihrem Mitbericht zu dieser Botschaft über die Förderung der Wissenschaft geteilt wird.

4. Kriterien der Schwerpunktförderung: Mit der letzten Botschaft über die Förderung der wissenschaftlichen Forschung vor vier Jahren wurde neu das Instrument der Schwerpunktprogramme eingeführt. Ziel dieser Programme ist es, Prioritäten der Forschungsförderung in für den Wissenschafts- und Arbeitsplatz Schweiz zukunftsweisenden Themen zu setzen.

Die Themen der laufenden Schwerpunktprogramme sind technologischen Schlüsselthemen sowie der Umwelt gewidmet. Wir werden in der Detailberatung darauf zurückkommen. Leider muss ich auch hier darauf hinweisen, dass wir bereits vor vier Jahren in diesem Saal die fehlende Transparenz der Kriterien, die zur Auswahl der Schwerpunktprogramme ge-

führt hat, kritisiert haben und dass der Bundesrat damals ein entsprechendes Postulat entgegengenommen hat; dies leider auch in diesem Fall ohne Folgen für die Botschaft. Die Botschaft begründet mit keinem Wort, weshalb und wie das Schwerpunktprogramm Leistungselektronik, Systemtechnik und Informationstechnik (SPP Lesit) seine Ziele offensichtlich erreicht hat und – wie verwaltungsintern entschieden wurde – beendet werden kann. Und sie führt nicht aus, mit welchen Gründen die beiden Schwerpunktprogramme – das Programm Mikro- und Nanosystemtechnik einerseits und das sozialwissenschaftliche Programm «Zukunft Schweiz» andererseits – aus der Vielzahl der hier vorgeschlagenen Themen ausgewählt worden sind. Auch der von der Kommission geforderte und vor zwei Tagen erhaltene Zusatzbericht gibt keine Antwort auf diese konkreten inhaltlichen – forschungspolitischen und themenbezogenen – Fragen, sondern beschränkt sich auf abstrakte Definitionen. Auch hier herrscht also weiterhin Intransparenz.

Dies ist sehr viel Kritik – Intransparenz, Immobilismus, fehlender Reformwille. Diese Botschaft wird insgesamt der Bedeutung der Wissenschaft für die Zukunft unseres Landes nicht gerecht.

Trotzdem beantragt Ihnen die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur einstimmig Eintreten auf dieses Geschäft. Sie tut dies, weil sie um die Bedeutung dieses Bereiches für unser Land weiss, und in der Hoffnung, dass auch im EDI sterter Tropfen den Stein höhle. Und sie tut dies mit dem klaren Auftrag, dass sich in den kommenden Jahren in diesem Politikbereich Entscheidendes ändern muss, wenn nicht der Support der Politik für den Wissenschaftsbereich noch stärker abbröckeln soll.

Scheurer Rémy (L, NE), rapporteur: La Commission de la science, de l'éducation et de la culture a occupé une séance de deux jours à l'examen du message relatif à la promotion de la science durant la période 1996–1999. Elle a entendu les avis de personnes préoccupées de l'avenir de la recherche en Suisse, mais extérieures aux organes de direction de la recherche. Elle a entendu aussi quelques personnalités responsables de la conduite des hautes écoles et de la recherche.

Le message appelle une remarque préliminaire qui n'est pas seulement formelle. Pour la période 1992–1995, les demandes de crédits d'engagement avaient fait l'objet de deux messages distincts, l'un relatif à l'aide aux universités, l'autre relatif à la recherche. La réunion en un seul message de l'aide aux universités et de l'encouragement à la recherche présente des avantages qui sont soulignés dans le condensé du message et qui ont été reconnus en commission. Mais cette réunion n'est pas sans inconvénients. Elle relie des domaines qui sont certes scientifiquement apparentés, mais qui sont juridiquement, et surtout politiquement, distants. Ils sont en effet régis par des lois distinctes, et la compétence respective des cantons et de la Confédération n'est pas la même pour la formation et pour la recherche.

Par ailleurs, pour la discussion parlementaire, un seul message nous conduit à réunir en un seul débat des problèmes qui mériteraient sans doute des discussions séparées. Cela a de l'importance dans un pays qui tire en bonne partie le maintien de sa place dans l'économie européenne et mondiale de la qualité de ses hautes écoles et de sa recherche. Nous sommes aujourd'hui dans l'obligation de nous prononcer sur neuf arrêtés et révisions de lois. Peut-être vaudrait-il mieux que le Conseil fédéral présente simultanément deux messages qui seraient intellectuellement complémentaires, mais politiquement distincts.

De la discussion d'entrée en matière à la commission, je retiendrai trois sujets principaux.

1. Le premier concerne l'importance de la formation et de la recherche ainsi que les moyens qui leur sont accordés. De manière constante, le message du Conseil fédéral rappelle qu'une économie forte a besoin d'une science forte, et qu'une science forte repose sur une formation de haute qualité. Notre commission accepte cet axiome et elle le partage, et elle a été particulièrement intéressée par l'analyse faite par le Conseil fédéral de l'état de la qualité de la recherche en Suisse. Nous

avons appris avec plaisir que les indicateurs quantitatifs et qualitatifs sont bons: part des dépenses publiques et privées de recherche et développement dans le produit intérieur brut, nombre de personnes employées en recherche et développement sur mille salariés, nombre de brevets déposés à l'étranger, analyses bibliométriques, nombre de lauréats du prix Nobel au kilomètre carré, tout nous permet de figurer en bonne place.

Malheureusement, nous sommes en train de céder du terrain, et ceci est grave. L'un des principaux mérites du message est de lancer un avertissement sérieux à propos de l'avenir de la recherche. En pages 9 et suivantes du message, on apprend que le niveau actuel est le fruit d'investissements antérieurs et que des indices suggèrent que notre pays est en train de céder du terrain, que sa performance en matière de recherche et de technologie se dégrade. Le Conseil fédéral constate que «le degré de spécialisation de notre pays a baissé dans certains secteurs technologiques comptant parmi les plus dynamiques au niveau international».

Nous sommes en train de fléchir: vous savez tous qu'en 1992 les investissements privés en recherche et développement réalisés à l'étranger ont pour la première fois dépassé les investissements à l'intérieur du pays. La délocalisation de la recherche est une menace grave sur le nombre de places de travail à tous les niveaux et dans de nombreux secteurs. La suite du message n'est pas rassurante puisqu'il y est fait allusion à un état de croissance des dépenses inférieur à la moyenne à la fois dans la formation et dans la recherche. Alors, manifestement, il y a une contradiction entre les affirmations répétées par le Conseil fédéral de l'importance primordiale de la formation et de la recherche: le constat de fléchissement, d'une part, et les moyens accordés pour redresser la situation, à tout le moins pour empêcher qu'elle ne continue à se dégrader, d'autre part. Très volontariste dans le texte, le message affiche dans les chiffres une modestie que n'explique pas de manière satisfaisante la misère actuelle des finances fédérales. Une analyse politique aussi lucide de la situation, même si elle est inquiétante, devait conduire à des priorités plus affirmées, à des choix plus nets.

2. Le deuxième point concerne les institutions qui soutiennent la formation et la recherche. La commission était quelque peu déçue de ne pas trouver de proposition de simplification des structures très enchevêtrées des conseils, conférences et commissions. Sans rien ignorer de la complexité d'une situation issue à la fois de l'évolution historique et de la répartition des compétences, il serait bon, il serait nécessaire d'envisager des restructurations dans le domaine des sciences et de la formation. Certes, il est plus facile de poser des questions que de proposer des solutions; néanmoins, par un postulat, la commission a tenu à exprimer non seulement l'importance, mais aussi l'urgence d'une question qui tend à devenir récurrente.

3. Le troisième point est commun aux préoccupations de notre commission et de celle des finances. Il concerne le manque de clarté dans l'engagement financier total de la Confédération envers la recherche. Le message permet de reconnaître la plus grande partie des engagements du Département fédéral de l'intérieur en faveur de la science, mais il y a des secteurs de recherche aussi dans les six autres départements. De plus, le Département fédéral de l'intérieur a, à côté des écoles polytechniques, un secteur propre de recherche, la «Ressortforschung», qui n'apparaît pas dans le message. C'est l'objet d'un autre postulat de la commission.

Permettez-moi une remarque générale au sujet des demandes de crédits de recherche. A l'exception de ceux affectés aux divisions I, II, III du Fonds national suisse de la recherche scientifique et de quelques crédits pour des recherches d'intérêt essentiellement helvétique, comme le Dictionnaire historique de la Suisse, tous les crédits prévoient l'éventualité de la participation pleine et entière de la Suisse au 4e programme-cadre de recherche de l'Union européenne. Le cas échéant, des réductions très sensibles des montants sont prévues, étant entendu que nos chercheurs auraient alors d'autres possibilités de financement. Cependant, il faut être bien conscient que le passage d'un type de financement à un autre suppose des adaptations et du temps.

D'autre part, même en cas de pleine participation aux programmes européens, nous ne pourrions pas substituer entièrement ces fonds européens à l'effort national. Dans les secteurs où la recherche suisse est à la pointe, par exemple le domaine des microtechniques, et dans ceux qui nous concernent de manière forte, mais qui ne sont pas, ou qui ne sont qu'imparfaitement couverts par la recherche européenne, notre engagement doit subsister pleinement.

En conclusion d'un débat large et nourri, la commission a décidé d'entrer en matière à l'unanimité.

Fehr Lisbeth (V, ZH): Wie Sie gehört haben, werden wir heute über gewichtige Kredite abstimmen. Sie sind es einerseits durch ihre stolze finanzielle Höhe von knapp 4 Milliarden Franken und andererseits durch den bedeutenden Bereich, den sie abdecken: die Hochschul- und Forschungsförderung. Die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass die Förderung der Wissenschaft für unser Land, insbesondere für den Werkplatz Schweiz, unbedingt prioritären Charakter haben muss. Wir setzen uns auch dafür ein, dass das bisher hohe Qualitätsniveau der schweizerischen Wissenschaft weiterhin erhalten bleibt, ist es doch das Markenzeichen unseres Wirtschaftsstandortes Schweiz.

Einziger Wermutstropfen: Diese Kredite kommen in einer Zeit der finanziellen Krise; die düstere Finanzlage verlangt statt einem Blankoscheck im Bildungsbereich seriöse Abklärungen über Notwendiges oder nur Wünschbares. Hier beginnt wirklich die grosse Schwierigkeit, denn als Parlamentarierin in diesem gleichsam labyrinthartigen Hochschul- und Forschungsbereich echte Einsparungen zu ergründen, gleicht einer Sisyphusarbeit. Allzu viele Tabus stehen hier im Wege, an der notwendigen Transparenz mangelt es trotz vielen Nachberichten. In diesem Rahmen sind einige kritische Überlegungen ganz grundsätzlicher Art, welche die SVP-Fraktion zum vorliegenden Geschäft gemacht hat, anzustellen.

1. In Anbetracht dessen, dass wir uns in Zukunft auf eine weitere Verknappung der finanziellen Mittel zwangsläufig einstellen müssen, sollten nun endlich wirksame Massnahmen ergriffen werden, um den gesamten Hochschul- und Forschungsbereich effizienter zu gestalten, um unnötige Mehrspurigkeiten zu beheben – auch wenn uns unser föderalistisches System in dieser Beziehung immer wieder von neuem Steine in den Weg legt. Es gilt Schwerpunkte zu setzen und die längst fälligen Strukturbereinigungen endlich vorzunehmen. Sparen bedeutet ja auch eine Chance, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, mit weniger Finanzen qualitativ bessere Leistungen zu vollbringen.

Auf Seite 21ff. der Botschaft werden die wissenschaftspolitischen Strukturen erwähnt: Seit über zwanzig Jahren werden hier Beanstandungen über zu komplizierte Organstrukturen gemeldet. Eine Überfülle von wissenschaftlichen Gremien und Untergruppen, zum Teil bestehend aus den gleichen Leuten, befasst sich mit Wissenschaftsfragen, z. B. Wissenschaftsrat, Hochschulkonferenz, Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), vier Akademien mit ihren Konferenzen, Schweizerischer Nationalfonds, ETH-Rat, Schweizerische Hochschulrektorenkonferenz usw. – und alle sieben Departemente befassen sich ebenfalls mit Wissenschaftsfragen. Doppelspurigkeiten müssen hier eliminiert werden. Im Rahmen der heutigen Vorlage sind keine wesentlichen Verbesserungen erreicht worden, obwohl wie gesagt das Problem seit langem bekannt ist. Der in der Kommission vorgelegte Fahrplan scheint uns äusserst zögerlich.

2. Auch der neue Abschnitt bezüglich Pauschalbeiträge an Hochschulklinikbauten der Humanmedizin befriedigt uns nicht vollkommen. Auch wenn uns eine Entbürokratisierung dieser Abläufe versprochen wird, was durchaus in unserem Sinn und Geist liegen würde, befürchten wir doch, dass ohne eine gewisse Kontrolle die errechneten Beiträge zu einer Überversorgung und zu unnötigen Doppelanschaffungen führen könnten. Kein Industrieland ist spitaltechnisch so überdurchschnittlich ausgerüstet wie die Schweiz. Deshalb ist ein Teil unserer Fraktion mit dem Antrag Weyeneth der Meinung, der eingeschlagene Weg der Pauschalierung sei abzulehnen.

3. Zu den Schwerpunktprogrammen: Die SVP-Fraktion ist nicht bereit, angesichts der düsteren Finanzlage der von der knappen Mehrheit der Kommission beantragten Aufstockung der Kredite zuzustimmen. Es gilt, den Bundesrat zu unterstützen, der sich in verdienstvoller Weise nochmals mit dem Sparstift hinter das vorliegende Werk gesetzt und auch vom Nationalfonds eine klare Prioritätensetzung verlangt hat.

Allerdings warnt uns derselbe Nationalfonds, dass die wissenschaftliche Qualität und die zielgerechte Durchführung aller Schwerpunktprogramme nicht mehr gewährleistet seien, wenn keine Aufstockung erfolge. Er schlägt vor, dass in diesem Fall statt vier lediglich drei Schwerpunktprogramme durchzuführen seien. Die SVP-Fraktion hat hier eine Auslese vorgenommen, die wir Ihnen bei der Detailbehandlung bekanntgeben möchten.

Zusammengefasst: Wir sind für Eintreten, verlangen, dass – gemäss Kommissionspostulat – endlich etwas in Richtung Effizienz und Straffung der wissenschaftlichen Strukturen geschieht, lehnen eine Aufstockung der Kredite ab und schlagen eine Reduktion bei der Anzahl der vorgeschlagenen Programme zugunsten von mehr Qualität und Erhaltung des hohen Niveaus schweizerischer Forschungsarbeit vor.

Grossenbacher Ruth (C, SO): Es ist das erste Mal, dass uns der Bundesrat eine Vorlage unterbreitet, in der die beiden Bereiche Hochschulförderung und Forschungsförderung zusammengefasst dargestellt werden. Mit diesem Vorgehen wird der Grundsatz der Einheit von Lehre und Forschung unterstrichen. Zudem wird die Darstellung der Wissenschaftspolitik in einem grösseren Rahmen ermöglicht.

Obwohl es aufgrund der vorliegenden Botschaft darum geht, in den Jahren 1996 bis 1999 Kredite von 3,19 Milliarden Franken für Forschungs- und Hochschulförderung zu bewilligen, dürfen wir die Botschaft nicht nur unter dem Blickwinkel der Finanzen betrachten, also nicht nur die Finanzbrille aufsetzen. Vielmehr müssen wir uns bewusst sein, dass der Stand der Wissenschaft und der Forschung in der Schweiz auch von anderen Komponenten abhängig ist. Beunruhigen muss uns die Tatsache, dass der Forschungsplatz Schweiz offensichtlich an Attraktivität verloren hat. Immer häufiger baut die schweizerische Privatwirtschaft ihre Forschungs- und Entwicklungstätigkeit im Inland ab und verlegt sie ins Ausland. 1993 hat die schweizerische Privatindustrie im Ausland zum ersten Mal mehr in die Forschung investiert als im Inland – das muss uns zutiefst beunruhigen.

In der Botschaft wird gut dargelegt, dass ein Zusammenhang zwischen Produktionsstandort und Forschungsstandort besteht. Internationale Konzerne setzen die Aufwendungen für Forschung in bezug zur Produktivität in den jeweiligen Ländern. Wenn die Produktivität in einem bestimmten Land abnimmt, entsteht eine Diskrepanz zu den Forschungsinvestitionen. Aufwand, sprich Forschungsaufwendungen, und Ertrag, sprich Produktion, stehen dann in keinem Verhältnis mehr zueinander. Bald stellt sich dann die berechtigte Frage, ob sich die Forschung an einem Ort ohne Produktion noch lohnt. Aus diesen Gründen müssen alle existierenden Standortnachteile, die Unternehmen in der Schweiz gegenüber Unternehmen im Ausland – z. B. im Elsass oder in Süddeutschland – haben, angegangen werden, denn diese Nachteile führen dazu, dass Forschungsstätten mit den Produktionsstätten abwandern.

Hier muss zwingend eine andere Politik als die Forschungspolitik wirksam werden, um den privaten Forschungsstandort Schweiz wieder attraktiv zu machen. Ich erwarte deshalb für die Attraktivitätssteigerung des Forschungsstandortes Schweiz konkrete Vorschläge des Bundesrates.

In der Botschaft fehlen mir auch konkrete Vorschläge, wie mit der wachsenden Zahl der Studierenden an den Hochschulen umzugehen ist. Man weiss bereits heute, dass im Jahr 2000 10 000 Studenten mehr vor den Toren der Hochschulen stehen werden. Welche Vorkehrungen werden bis dann getroffen, damit nicht ein Chaos entsteht? Ich bezweifle, dass mit Einführung der Fachhochschulen, wie das in der Botschaft angedeutet wird, die gegenwärtigen Hochschulen entlastet werden. Das wollen wir ja auch nicht. Die Fachhochschulen sollen ja in erster Linie die Berufsbildung aufwerten. Junge Men-

sch, die eine berufliche Ausbildung mit einer Berufsmatur hinter sich haben, werden da aufgenommen, nicht in erster Linie Absolventen von Mittelschulen. Der bereits erwähnte Zuwachs der Studierenden an Hochschulen hat bis heute zu keiner Vergrösserung der Stellen im Lehrkörper geführt – auch das muss uns zu denken geben –, was schon jetzt die Betreuung der Studierenden problematisch macht und Diplomanden und Doktoranden die Arbeit sehr erschwert.

Das Verhältnis Studierende und Lehrkräfte ändert kontinuierlich. So kamen bei den Sozialwissenschaftlern 1986, also vor nicht einmal zehn Jahren, auf einen Professor 57 Studierende. 1992 waren es bereits 79 Studierende. Ich frage mich, wie das Verhältnis Professor/Studierende im Jahr 2000 sein wird. Hat da der Bundesrat eine Antwort? Ich erwarte auch hier eine klare Antwort.

Ich meine, dass an den Hochschulen zuwenig innovativ gearbeitet und zu sehr in hergebrachten Unterrichtsformen verharrt wird. Deshalb verlange ich, dass die Förderung des Fernstudiums auf Hochschulebene ernsthaft angegangen wird. Ich habe 1994 eine entsprechende Motion eingereicht. Ich begrüsse es, dass meine Idee, die Förderung des Fernstudiums, in der Botschaft erwähnt und dass angeführt wird, dass die Hochschulkonferenz im Verlaufe dieser Beitragsperiode Vorschläge zu erarbeiten hat, wie mein Anliegen, die Realisierung der Fernstudien, verwirklicht werden soll.

Denn nicht nur eine finanzielle Entlastung ist damit möglich, sondern auch eine Entlastung in bezug auf überfüllte Hörsäle an den Präsenzuniversitäten. Damit könnten wir auch regionale Benachteiligungen ausgleichen: Nicht alle Schweizerinnen und Schweizer haben eine Hochschule vor ihrer Haustür, wie das die Berner, die Zürcher usw. haben.

In Deutschland ist man, was Fernstudien anbelangt, sehr viel weiter. Dort sind 70 000 Studenten an einer Fernuniversität eingeschrieben; in Frankreich sind es 50 000. Insbesondere gibt es dort für Frauen, die wieder ins Berufsleben einsteigen wollen, spezielle Programme.

Fernstudien würden auch Frauen ganz allgemein entgegenkommen. Es ist ja Frauen wegen einer Familienphase vielfach nicht möglich, die Präsenzuniversitäten zu besuchen. Mit der Möglichkeit, ein Fernstudium zu absolvieren, hätten sie dann die Möglichkeit, Familie und Studium zu kombinieren.

Es sollte meiner Meinung nach auch eine Vernetzung zwischen den Präsenzuniversitäten und den Fernstudienuniversitäten stattfinden. Ein Jahr Studium dort, ein Semester Studium hier sollte möglich sein. Ich hoffe deshalb auf eine baldige Möglichkeit von Fernstudien auch in unserem Land.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten auf dieses Geschäft. Die Bildung und Forschung in der Schweiz, eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes, verdient es, dass in sie investiert und dass über sie diskutiert wird.

Kern Armin (A, ZH): Die Fraktion der Freiheits-Partei ist für Eintreten auf diese Vorlage. Ich wiederhole nicht, was meine Vorredner und Vorrednerinnen schon gesagt haben.

Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die Förderung der Wissenschaft nötig ist, um den Forschungsplatz Schweiz zu erhalten. Es wird aber auch in diesem Bereich auf die leere Bundeskasse Rücksicht genommen werden müssen. Unsere Fraktion ist geschlossen gegen alle Anträge, die eine Erhöhung der Beiträge vorsehen. Den Kürzungen werden wir zustimmen. Bei den Schwerpunktprogrammen sind wir der Meinung, dass das Programm Zukunft Schweiz gestrichen werden muss, um die übrigen Programme in genügendem Ausmass finanzieren zu können.

Im übrigen sind wir der Meinung, dass der Technologietransfer von der Forschung zur Industrie unbedingt beschleunigt werden muss. Die Japaner verstehen es z. B. viel besser, die Forschungserfolge schnell umzusetzen und neue Produkte auf den Markt zu bringen, als dies in der Schweiz geschieht. Leider kommt es noch häufig vor, dass Forschungserfolge der einheimischen Industrie nicht in der Schweiz in Produktion gehen, sondern im Ausland, wie dies beim Swatchmobil der Fall ist. Es genügt nicht, in der Forschung zu den besten Ländern zu gehören. Wir müssen auch die Rahmenbedingungen schaffen, damit die neuen Produkte in der Schweiz hergestellt

werden können. Umweltverträglichkeitsprüfungen dürfen Bauvorhaben nicht über Jahre blockieren. Eine Deregulierung drängt sich aber auch auf anderen Gebieten auf, um den Werkplatz Schweiz zu stärken. Wenn dies gelingt, werden wir die Forschung in diesem Umfang noch leisten können.

Chevallaz Olivier (R, VD): Principaux artisans de l'introduction de la scolarité obligatoire, libre et gratuite, les radicaux du XIXe siècle ont établi les bases d'un système scolaire qui a assuré le rayonnement et la prospérité de notre pays. Aujourd'hui, comme hier, et, certainement, demain plus encore, formation et recherche ne doivent plus être considérées comme dépenses, mais bien plutôt comme investissement pour le futur. La matière grise doit plus encore devenir la véritable matière première indispensable à l'essor de la Suisse.

C'est à ce constat qu'a abouti, comme beaucoup d'entre vous, le groupe radical-démocratique, qui approuvera, et vous invite à en faire de même, le message du Conseil fédéral relatif à la promotion de la science durant la période 1996–1999, soit en réalité des crédits alloués en vertu de la loi sur l'aide aux universités et de la loi sur la recherche.

Pour la première fois, Madame la Cheffe du Département fédéral de l'intérieur, le Conseil fédéral soumet aux Chambres un message qui réunit les deux domaines, universités et recherche, selon le principe de l'unité, mais aussi aux fins de présenter la politique en matière de science dans un plus vaste contexte ou dans un contexte plus global, si vous préférez. Nous félicitons le Conseil fédéral de cette heureuse initiative à laquelle nous souscrivons, appelant aussi de nos vœux cette sorte d'«unité de matière», si vous nous passez l'expression.

A l'instar de la commission du Conseil national, le groupe radical-démocratique soutient, sans état d'âme ou d'humeur, six des sept arrêtés fédéraux, c'est-à-dire ceux qui concernent les crédits alloués en vertu de la loi sur l'aide aux universités pour la période 1996–1999, les mesures spéciales visant à encourager la relève universitaire durant les années 1992–1995, les mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire, et les crédits alloués pendant la période 1996–1999 aux institutions chargées d'encourager la recherche. Notre soutien, toujours sans état d'âme ou d'humeur, va aussi aux modifications apportées à la loi fédérale sur l'aide aux universités et à la loi fédérale sur la recherche. Tant pour l'arrêté A que pour la loi sur l'aide aux universités, nous attendons bien sûr les propositions et surtout le développement de M. Weyeneth afin de nous prononcer de manière plus précise. C'est incontestablement l'arrêté fédéral relatif aux crédits alloués pour les programmes prioritaires de recherche pendant la période 1996–1999 qui mérite, à nos yeux, une attention particulière. Le groupe radical-démocratique tient aussi à apporter son actif soutien à ces programmes qui ont notamment pour objectif de renforcer la place de la recherche suisse dans les domaines qui sont cruciaux pour le développement économique et industriel, de contribuer à la formation de la relève scientifique et, enfin, de préparer et d'encourager la participation des chercheurs suisses aux programmes de recherche européens.

Nous tenons aussi à relever, avec grande satisfaction, que les programmes prioritaires permettent d'encourager le partenariat industrie/hautes écoles dans certains domaines technologiques intéressants pour l'économie. Des places de travail pour l'avenir sont en jeu et nous sommes donc heureux d'apporter notre concours et notre soutien à ces programmes prioritaires en particulier, à la recherche et à la formation en général.

A l'arrêté F relatif aux crédits alloués pour les programmes prioritaires de recherche, article 1er, le groupe radical-démocratique vous invite donc à rejeter les propositions tant de la majorité que de la minorité III (Schmid Peter) de la commission.

Par 11 voix contre 11 avec la voix prépondérante de la présidente, la majorité propose de porter le montant alloué au Fonds national pour les programmes prioritaires de 123 à 149 millions de francs pour la période 1996–1999. La minorité III va dans le même sens en précisant certaines affectations des montants.

La minorité I (Grossenbacher), que nous vous invitons à soutenir, ne conteste pas le choix des programmes prioritaires confiés au Fonds national, y compris celui intitulé «Demain la Suisse», mais propose d'en rester au montant prévu par le Conseil fédéral, soit 123 millions de francs, toutes assurances nous ayant été données que le montant prévu autorise la poursuite et le démarrage des programmes ainsi inscrits.

En ce qui concerne la minorité II (Fehr), qui souhaite biffer «Demain la Suisse», le groupe radical-démocratique sera plus partagé. Certains – et j'appartiens à ceux-ci – estiment que le programme «Demain la Suisse» présente un nombre d'atouts non négligeables. Parmi ceux-ci, notamment, l'équilibre entre sciences sociales (et humaines) et sciences techniques, dans ces programmes prioritaires de recherche, ainsi que l'équilibre entre régions linguistiques. D'autres estiment par contre que l'aspect prioritaire n'est pas démontré dans le cadre de ce programme.

C'est incontestablement l'article 2 «Programmes prioritaires confiés au Conseil des EPF» de l'arrêté fédéral F qui, aux yeux du groupe radical-démocratique, a paru le plus important, non seulement pour les programmes «Optique» et «Matériaux», mais aussi et peut-être surtout pour le programme Minast, consacré aux techniques des microsystèmes et nanosystèmes.

C'est le projet relatif à ce nouveau programme qui a certainement incité la majorité de la commission à proposer de faire passer le montant prévu de 110 à 146 millions de francs. Nous vous invitons à suivre la proposition ainsi faite. Nous encourageons de manière tangible la collaboration recherche/économie. La participation prévue par les industries est en effet très importante: plus de 90 sociétés suisses, petites et moyennes entreprises en grande majorité, réparties pratiquement dans tout le pays, se sont déjà engagées pour 130 millions de francs, soit pratiquement les deux tiers du montant global prévu pour ce programme. L'engagement de nos industries, de nos industriels témoigne ainsi non seulement de leur soutien à la recherche, mais aussi de leur confiance en nos écoles et instituts de recherche, ainsi que de leur confiance et de leur foi en l'avenir économique de notre pays. Le groupe radical-démocratique tient à relever ce signe et à l'encourager en soutenant la proposition de la majorité de la commission.

C'est donc non seulement l'entrée en matière que nous vous invitons, au nom du groupe radical-démocratique, à accepter, mais aussi le message du Conseil fédéral dans son ensemble, avec la réserve, par rapport à la proposition de la majorité de la commission, de suivre la proposition de la minorité I (Grossenbacher), à l'article 1er de l'arrêté F.

Un dernier mot pour vous inviter à accepter les postulats de la commission sur le flux financier et la statistique ainsi que sur l'efficacité et les structures, dans un souci d'améliorer et d'optimiser les structures de politique scientifique.

Steiner Rudolf (R, SO): Erlauben Sie mir, die Ausführungen meines Kollegen Chevallaz noch wie folgt zu ergänzen:

In den Jahren 1996 bis 1999 sollen für die Hochschulförderung rund 2 Milliarden, für die Forschungsförderung rund 3,9 Milliarden, total rund 6 Milliarden Franken aufgewendet werden. Auf den ersten Blick ist das ein grosser Betrag. In der Botschaft des Bundesrates ist aber richtig festgehalten, dass die Forschung und die Bildung in wesentlichem Masse unsere Zukunft bestimmen werden, dass die Forschung dazu beiträgt, die kulturelle Identität zu stärken und soziale, und gesellschaftliche Probleme zu lösen, und dass Investitionen in die Wissenschaft und in die Technologie Investitionen in den Werkplatz Schweiz sind. Diese wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind zudem auch wesentlich für die künftige Konkurrenzfähigkeit der Schweiz gegenüber Produktionsstandorten im Ausland.

Unter diesen Aspekten sind die rund 6 Milliarden Franken, verteilt auf vier Jahre, nicht zu viel. Zwischen der Förderung der Forschung und der Förderung der Hochschulen besteht ein enger Zusammenhang. Die FDP-Fraktion begrüsst es deshalb, dass unter dem Titel «Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996 bis 1999» nur eine Vorlage unterbreitet wird. Sie erleichtert den Überblick über die Massnahmen in den Berei-

chen Forschung und Wissenschaft und über das Total der finanziellen Konsequenzen.

Gemäss Botschaft verfolgt die Wissenschaftspolitik drei Ziele: die Stärkung des Forschungs- und Hochschulplatzes Schweiz, die Erfüllung der inhaltlichen Aufgaben von Forschung und Hochschule und – wesentlich – eine verbesserte Effizienz des Einsatzes der Mittel. Die FDP-Fraktion geht mit diesen Zielen einig, sie stimmt der Vorlage mit nur kleinen Nuancen im Beschluss F mehrheitlich zu. Dort unterstützen wir in Artikel 1 die Minderheit I, in Artikel 2 die Kommission. Ich bin auch persönlich der Überzeugung, dass dem Bund damit die formellen und die materiellen Mittel gegeben werden, um die in der Vorlage zitierten Reformen anzugehen und Massnahmen zur Straffung der wissenschaftlichen Strukturen zu vollziehen – Reformen und Straffungen, die in Anbetracht einerseits der rasanten Entwicklung von Forschung und Hochschule, andererseits der immer knapper werdenden finanziellen Mittel dringend nötig sind und mit Nachdruck verfolgt werden müssen. Die kritischen Punkte wurden von Vorrednerinnen und Vorrednern bereits ausgeleuchtet. Ich möchte sie hier nicht wiederholen.

Die Mehrheit der FDP-Fraktion stimmt auch dem Beschluss A zu. Unter Vorbehalt der späteren Kenntnisnahme der Begründung des Antrages Weyeneth ist doch festzuhalten, dass die Zerteilung der Investitionshilfen hochschulpolitisch als richtig erscheint. Aus den in der Botschaft nachzulesenden Gründen dient es der Effizienz der Mittelverwendung, wenn die Klinikbauten der Humanmedizin neu mit einem jährlichen Pauschalbeitrag unterstützt werden, dessen Höhe sich an der universitären Leistung bemisst, und dass allen anderen Beitragsberechtigten wie bisher die Investitionsbeiträge von Fall zu Fall ausgerichtet werden. Eine effiziente Koordination und Kontrolle der Verwendung der Mittel ist zwingende, für uns selbstverständliche Voraussetzung.

So bitte ich Sie im Auftrag der FDP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten, den Beschlüssen A bis I grundsätzlich zuzustimmen und auch die Kommissionspostulate zu unterstützen.

Schmid Peter (G, TG): Wir lassen uns die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996 bis 1999 etwas kosten. 3,9 Milliarden Franken, also rund eine Milliarde Franken pro Jahr, sind kein Pappenstiel. Gemessen am Bruttoinlandprodukt und im Vergleich zum Gesamtbudget des Bundes halten sich die Aufwendungen für Bildung und Forschung anteilmässig etwa auf der gleichen Höhe. Dabei ist allerdings anzumerken, dass die Forschungsausgaben des Bundes nur ein Viertel des gesamten finanziellen Forschungsaufwandes betragen. 75 Prozent werden von der Industrie selbst betrieben und finanziert. Der Forschungsplatz Schweiz stützt sich sehr stark auf entsprechende privatwirtschaftliche Investitionen ab. So steht unser Land hinsichtlich der Forschungsausgaben im Verhältnis zur Bevölkerungszahl weltweit an zehnter Stelle.

Die gesamten Aufwendungen für die Forschung belaufen sich in der Schweiz auf 4,5 Milliarden Franken. Gleichsam im Schlepptau dieser durch die Industrie sehr stark auf praktische Umsetzung bedachten Forschung steht die Hochschulbildung, die mit 2,8 Milliarden Franken veranschlagt ist.

Es ist im übrigen bemerkenswert, wenn auch nicht im Sinne unserer wünschbaren Prioritätenordnung, dass die Botschaft Wissenschaft gleichsam als Oberbegriff verwendet und sowohl Forschung als auch Bildung darunter subsumiert. Nach unserem Dafürhalten sollte die Wissenschaft zwischen Forschung und Bildung figurieren und die Technik auf die Forschung folgen. An oberster Stelle stände schliesslich die Kultur, die bekanntlich in unserer Gesellschaft eine eher untergeordnete Position einnimmt. Nicht dass ich sagen würde, etwas wäre weniger wichtig als das andere; es ist alles gleich wichtig. Aber meines Erachtens ist nicht alles gleich wesentlich. Wenn wir von den Wesentlichkeiten ausgehen, dann stände Kultur an erster Stelle, dann folgen Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technik.

Man kann einwenden, eine solche Rangliste sei etwas Willkürliches und letztlich eine individuelle Ansichtssache. Dass die Prioritätenreihe aber doch etwas für sich hat, zeigt sich darin, dass immer das Nachstehende auf das Vorhergehende ange-

wiesen ist. Die Technik ist auf Forschung angewiesen. Aber die Forschung sollte sich um mehr kümmern, als nur um nützliche Umsetzbarkeit. Die Forschung ist auf Wissenschaft angewiesen, aber die Wissenschaft darf sich nicht einfach darin erschöpfen, bestimmten allein akzeptierten Forschungsmethoden zu Diensten zu sein.

Schliesslich wird Wissenschaft ohne Bildung bald einmal verantwortungslos, wenn sie sich anmassiert, alles und jedes zu erforschen, und dabei unmenschlich und ehrfurchtslos allem zu Leibe rückt, was unter das Messer des logischen Verstandes gerät. Aber auch Bildung degeneriert nur noch zur Ausbildung, wenn sie nicht in die Kultur eingebettet ist, die neben Bildung und Wissenschaft auch Kunst, Literatur, Musik, Philosophie, Erziehung und Lebensgestaltung im weitesten Sinne umfasst.

Jetzt wird deutlich, worauf ich eigentlich mit dieser Prioritätenordnung hinaus will. Wenn wir die Botschaft des Bundesrates betrachten, dann fällt auf, dass sie sehr stark auf Technik, Forschung und Naturwissenschaft ausgerichtet ist. Die grossen Brocken werden in jene Bereiche investiert, in denen es – gewiss zu Recht – Schritt zu halten gilt und man den Anschluss nicht verlieren möchte. Es ist auch viel leichter, jene Bereiche durch ihre vordergründige Nützlichkeit zu rechtfertigen, während jene Wissenschaften, die der Bildung näher stehen als der Forschung und Technik, gemeinhin für brotlos gehalten werden oder – wenn sie gar zu Lebensfragen Stellung nehmen – als gefährlich gelten.

Immerhin dürfen wir dem Bundesrat zugute halten, dass er auch den Geistes- und Sozialwissenschaften ein Daseinsrecht zugesteht. Er ist sogar der Meinung, dass insbesondere dort, wo die Sinnfrage im Leben gestellt wird und all unser geschäftiges Treiben und Forschen hin und wieder dem Nachdenken Platz machen soll, mehr als nur einige Brosamen ausgestreut werden dürfen.

Neben Biotechnologie, Informatik, Mikro- und Nanotechnik gibt es z. B. auch ein Programm «Zukunft Schweiz». Es ist vom Ausbau der Sozialwissenschaften die Rede, und es gibt ein Forschungsprogramm Umwelt – ich weiss, nicht immer zur Freude aller. Aber sollten wir bloss fragen, was machbar ist, sondern des öfters nicht auch, was sinnvoll ist? Ich möchte Sie schon jetzt bitten, im Bundesbeschluss F daran zu denken, auch jene Wissenschaft und Bildung zu unterstützen, die für das Leben wegweisend ist, eine Orientierungshilfe, ohne welche auch das Machbare letztlich nicht zum Wohle des Ganzen eingesetzt werden kann.

Goethe hat einmal gesagt: «Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, der hat auch Religion.» Oder Hölderlin sagt z. B.: «Wer das Tiefste gedacht, liebt das Lebendigste.»

Wir sind heute weit davon entfernt, in Wissenschaft und Forschung so tief einzudringen und nachzudenken, dass daraus Ehrfurcht und Respekt vor der Schöpfung erwächst. Wir bleiben oft am äusserlich Zweckmässigen und momentan Nützlichen kleben. In Ergänzung dazu und gleichsam als Anstoss sei hier anempfohlen, sich der Frage nach Ziel und Sinn des Lebens in der Hektik der gegenwärtigen Forschung und Wissenschaft immer wieder zu stellen und jetzt und in Zukunft auch den Geistes- und Sozialwissenschaften die ihr gebührende Förderung angedeihen zu lassen.

Die grüne Fraktion ist für Eintreten auf die neuen Bundesbeschlüsse und stimmt ihnen in der vorliegenden Fassung des Bundesrates zu. Eine Ausnahme bildet lediglich der Beschluss F, bei welchem wir aus den erwähnten Gründen eine gewisse Verschiebung hin zu Umwelt, Sozial- und Geisteswissenschaften wünschen. Es wird sich Gelegenheit geben, beim konkreten Antrag noch Näheres dazu auszuführen.

Ostermann Roland (G, VD): Les écologistes ont choisi de s'exprimer par deux porte-parole, un Alémanique de formation littéraire et un Romand de formation scientifique. L'œcuménisme eût été total si l'un d'entre eux avait bien voulu être femme. Mais le propos sera et aurait été le même. Il n'est pas dans notre intention de souligner une évidence: l'importance de la recherche pour notre pays, pour son économie, mais aussi son environnement et surtout son système éducatif et de formation. D'autres ont été ou seront intarissables et élo-

quents sur la question. Contentons-nous d'un bref regard sur le rôle que nous sommes appelés à jouer.

Il est très difficile, si ce n'est téméraire, pour un pouvoir politique de s'immiscer dans le choix des programmes de recherche, choix au cours duquel il risque d'être sous influence. Pourtant, c'est bien à lui, par l'attribution de crédits, qu'il incombe de fixer les grandes lignes. Le choix des programmes prioritaires incombe au Parlement et c'est son jardin réservé. En ce domaine, jouons donc notre rôle. Si, en préambule, j'ai souligné la diversité des intervenants écologistes, c'est que tous deux nous plaçons pour cette diversité.

Certaines recherches sont heureusement accomplies en collaboration avec des entreprises. Elles démontrent par là un caractère plus immédiatement utilitaire qui leur confère à la fois aura et moyens financiers. La tentation est alors grande, et certains y ont succombé en commission, de considérer avec quelque condescendance des programmes aux retombées apparemment moins immédiates et concrètes parce qu'ils touchent aux sciences humaines ou de la terre. Or, ce sont des programmes fragiles, car ils dépendent presque exclusivement des deniers publics. Mais ils sont aussi indispensables puisqu'ils permettent d'analyser notre société, ses réussites et ses dysfonctionnements, avec pour objectif de renforcer notre cohésion sociale, d'améliorer nos relations ou de préserver notre cadre de vie.

C'est vrai, certains d'entre nous, de par leur formation, ne sont pas naturellement enclins à défendre des projets tels que «Demain la Suisse». Nos lacunes doivent justement nous inciter à défendre ce projet au nom de la diversité que les politiciens se doivent de favoriser et des équilibres qu'ils doivent rechercher. C'est sous cet éclairage que les écologistes vous invitent à examiner les propositions qui seront faites d'allouer les moyens financiers adéquats pour que les programmes complets puissent être réellement et efficacement entrepris et accomplis. Les sommes sont importantes et mériteraient une attention et une présence qualifiées de la part de notre Parlement. Mais l'un des rapporteurs a su, en commission, les relativiser en les comparant avec celles consacrées à d'autres champs d'activité. Je l'invite à rappeler, le cas échéant, les termes de sa comparaison à l'intention de qui accepterait d'entendre.

Maeder Herbert (U, AR): Die LdU/EVP-Fraktion begrüsst die Botschaft über die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999, mit welcher der Bundesrat erstmals sämtliche Kredite für den Hochschul- und Forschungsbereich zusammenfasst und damit den Grundsatz der Einheit von Forschung und Lehre unterstreicht.

Die gemeinsame Botschaft bedeutet Kreditanträge im Gesamtbetrag von 3,9 Milliarden Franken. Das ist viel Geld in dieser Zeit der grossen Defizite. Ob es aber genug Geld ist, um Wissenschaft und Forschung in jenem Mass zu fördern, welches der Schweiz einen teilweise verlorengegangenen Spitzenplatz in der Völkergemeinschaft sichern kann, das ist ungewiss. Die Kreditbeschlüsse basieren auf der bescheidenen Wachstumsrate von 2,5 Prozent. Neue Aufgaben stehen an, und solche sind nur zu finanzieren, wenn auch Dringliches weggelassen wird.

Im Zentrum der Debatte um die Forschungsförderung des Bundes stehen die Schwerpunktprogramme, die grossangelegten Forschungsprogramme im Bereich der Schlüsseltechnologien und der Umwelt. Sie wurden 1991 mit dem Ziel gestartet, den Anschluss an die internationale Entwicklung zu sichern. Schwerpunktprogramme an den Hochschulen und überregionale Netzwerke sollten eine neue Dimension in die Schweizer Forschungspolitik bringen.

Der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und der ETH-Rat sind für sechs Schwerpunktprogramme in den Schlüsselbereichen Biotechnologie, Informatik, Werkstoffforschung, Leistungselektronik, Optik sowie Umwelttechnologie und Umweltforschung verantwortlich. Die Erwartungen in diese Schwerpunktprogramme waren gross. Haben sie sich in den ersten Jahren erfüllt? Der Schweizerische Wissenschaftsrat hat im Auftrag von Bundesrat und Parlament durch internationale Experten eine Evaluation vornehmen lassen. Deren Resultate sind positiv. Die

Schwerpunktprogramme hätten sich bewährt, die erzielten Resultate seien von hoher Qualität, die Arbeiten seien fortzuführen, heisst es im Expertenbericht. So weit, so gut.

Doch nun drohen die schönsten Programme an mangelnden Finanzen zu serbeln. War in der Botschaft vom Januar 1991 noch vorgesehen, für jedes Schwerpunktprogramm für vier Jahre durchschnittlich 60 Millionen Franken bereitzustellen, so blieben schliesslich 35 Millionen Franken übrig. Für die Jahre 1996–1999 droht dieser Betrag für bestimmte Programme gar auf durchschnittlich 15 Millionen Franken zusammengestrichen zu werden.

Der Bundesrat will in seiner Botschaft für die Jahre 1996–1999 für die Schwerpunktprogramme einen Höchstbetrag von 123 Millionen Franken bewilligen. Dieser Betrag, so hoch er auch scheint, reicht kaum aus, die laufenden Programme fortzuführen, geschweige denn dringliche neue Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Wir unterstützen die knapp zustande gekommene Kommissionmehrheit, welche diesen Betrag auf 149 Millionen Franken aufstocken will. Die Schwerpunktprogramme sind für die Zukunft unseres Landes von eminenter Bedeutung. Sie sind bisher technisch-naturwissenschaftlich dominiert. Mit dem sozialwissenschaftlichen Programm «Zukunft Schweiz», das von den Folgen der Globalisierung über die Verarbeitung gesellschaftlicher Ungleichheiten bis zur Wissensproduktion und zur Individualisierung vieles zu behandeln verspricht, würde die vernachlässigte Sozialforschung in der Schweiz wesentlich vorangetrieben.

Staatssekretär Ursprung, seines Zeichens Physiker, betonte vor der Kommission, dass die Schweiz in den naturwissenschaftlichen Disziplinen noch vorne mit dabei sei, hingegen in den Sozialwissenschaften einen grossen Nachholbedarf habe.

Die Minderheit II (Fehr) will das Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz» streichen. Da kommt wieder einmal diese alte Abneigung zum Vorschein, die gewisse Leute ganz allgemein den Soziologen entgegenbringen, die man samt und sonders irgendwo links einordnet. Man müsste endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Sozialwissenschaften z. B. in der ehemaligen Sowjetunion als eine die Gesellschaft in Frage stellende Wissenschaft kaum vorhanden waren, während in den USA die Sozialwissenschaften eine überragende Bedeutung haben und hoch geschätzt sind. Lehnen Sie bitte den Antrag der Minderheit II ab.

Die Minderheit III (Schmid Peter), die wir unterstützen, will sicherstellen, dass das Schwerpunktprogramm Umwelt durch die Module «Umwelt und Gesundheit» sowie «Natur und Landschaft» ergänzt wird. Die Dringlichkeit des Moduls «Natur und Landschaft» ist augenfällig. Die Bedrohung der Diversität von Natur und Landschaft ist äusserst akut. Die roten Listen verschwindender Arten werden immer länger; die Verluste der Natur sind meistens irreversibel. Sie bedeuten einen enormen materiellen und immateriellen Schaden, den die heutige Generation zu verantworten hat. Wie will sie sich künftigen Generationen gegenüber rechtfertigen?

Das Schwerpunktprogramm «Natur und Landschaft» will die Grundlagen zur Erhaltung und Gestaltung der Diversität erarbeiten und hat eine langfristig orientierte, nachhaltige Nutzung der Ressourcen zum Ziel. Im Namen der LdU/EVP-Fraktion bitte ich Sie, in den weiteren Punkten der Mehrheit zu folgen.

Der Bundesrat hat in bezug auf die Schwerpunktprogramme enge Grenzen gesetzt, zu enge Grenzen. Wie kann ein Land, das immer noch Hunderte von Millionen Franken in Käse investiert, wichtigste Forschungsaufgaben dermassen beschneiden, dass laufende Programme gedrosselt werden müssen und das Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz» gar ins nächste Jahrtausend verschoben werden soll?

Eggy Jacques-Simon (L, GE): Est-il nécessaire, ici et aujourd'hui, de souligner et de relever l'importance pour la Suisse de la formation et de la recherche? Nous sommes un pays sans ressources naturelles, notre intelligence, notre matière grise et notre savoir-faire, notre capacité d'innovation et notre capacité de travail, voilà au fond quels sont nos atouts.

Le Conseil fédéral le sait bien, et cette idée, cette évidence parcourt tout son message. Néanmoins, nous avons noté une contradiction entre la volonté politique, si souvent affichée, et une limitation des moyens, surtout pour la recherche. En ce qui concerne la formation, dans notre pays fédéraliste, on peut toujours dire que la formation est en priorité du ressort des cantons, et si une aide de la Confédération, aux universités notamment, est essentielle, on peut imaginer de demander davantage aux cantons. A cela, je répondrai qu'un effort supplémentaire des cantons ne doit pas être un report de charges, et qu'il ne doit et ne peut se concevoir que dans le cadre d'une réflexion sur un renouveau du fédéralisme, avec aussi des ressources fiscales supérieures aux cantons.

On nous dit aussi, notamment sur les bancs de l'Union démocratique du centre, très souvent que la recherche efficace est celle qui est menée par le secteur privé, par les entreprises privées. Nous devons répondre à cela que le secteur privé fait déjà de gros efforts et que les libéraux, pour leur part, n'ont jamais opposé, dans ce domaine, le secteur privé à l'Etat. Nous sommes trop ouverts sur l'évidence du monde qui éclate dans tous les pays pour ne pas nous rendre compte qu'il y a des points, des secteurs, où il faut une conjonction, une harmonisation des efforts du secteur privé et du secteur public. Le dogme, dans cette matière, n'a vraiment pas droit de cité.

Mais cette contradiction, nous l'avons constatée aussi à plusieurs reprises. Le message parle de l'importance, par exemple, des réseaux internationaux. A la page 8, on lit: «La science et la recherche forment désormais des réseaux internationaux auxquels ne participent que ceux qui y apportent une contribution de valeur et qui restent à la pointe du progrès. Si d'aventure la recherche suisse devait devenir moins performante, les entreprises domiciliées dans notre pays finiraient par s'en trouver affaiblies et nos chercheurs se verraient rejetés de ces réseaux internationaux.» A la page 14 du même message, on lit: «Une série d'indices suggèrent que notre pays est en train de céder du terrain et que sa performance en matière de recherche et de technologie se dégrade.» En page 15, on lit: «Face à ces perspectives préoccupantes, il faut constater que les dépenses fédérales dans le domaine de la science (formation et recherche fondamentale) n'ont connu qu'un développement fort modeste au cours des 18 dernières années....»

Nous insistons bien sûr sur la recherche fondamentale, mais nous insistons beaucoup, avec ce message, sur l'importance des programmes prioritaires, en particulier ceux confiés au Conseil des écoles polytechniques fédérales: nous pensons à ce fameux programme prioritaire Minast. Dans ce domaine de la microtechnique, il est évident que le temps est précieux. La concurrence internationale est rude, et la collaboration internationale n'attend pas. On y est ou on n'y est pas. Chaque mois compte, je serais tenté de dire chaque semaine, chaque semaine perdue peut être lourde de conséquences.

Si l'on peut encore, en dépit de tout, accepter une progression aussi faible que celle proposée pour la recherche en général, pour Minast, pour la microtechnique, pour la nanoscience, le groupe libéral demande que l'on garde à la Suisse sa position de pointe: c'est l'objet, notamment, de l'arrêté F. Pensez donc à l'importance des retombées et des prolongements pour l'industrie des machines. La recherche, c'est la condition de la pérennité et de la revitalisation, dont nous parlons, nous les libéraux, si souvent, de notre industrie, donc finalement, c'est une condition de l'emploi.

C'est la meilleure parade aux risques de délocalisations, le meilleur moyen d'épauler toutes les petites et moyennes entreprises qui sont liées à ces programmes de recherche, par exemple le programme prioritaire Minast.

Le groupe libéral approuve en principe l'ouverture faite aux sciences humaines. Vous connaissez la fameuse phrase de Rabelais: «Science sans conscience n'est que ruine de l'âme.» Histoire, réflexion sur l'avenir, élément de vie et de cohésion d'une collectivité nationale, les sciences humaines doivent absolument rester dans l'ordre de nos priorités. Nous soutenons donc le principe du programme prioritaire «Demain la Suisse».

Sur le montant, pour les programmes prioritaires du Fonds national cette fois – pas du Conseil des écoles polytechniques fé-

dérales –, on peut hésiter entre un soutien plus marqué, proposé par la majorité de la commission, et le montant plus resserré figurant dans le projet du Conseil fédéral, compte tenu des circonstances financières. Le groupe libéral est à cet égard partagé.

En conclusion, je dirai ceci: nous sommes attachés, et nous l'avons souvent démontré, à l'idée d'économie dans le ménage de l'Etat. Mais depuis toujours, les libéraux ont insisté sur la différence qu'il faut faire entre les dépenses d'investissement et les dépenses de fonctionnement. Nous sommes pour un Etat plus mesuré. Nous sommes, en ce qui concerne les dépenses qu'on pourrait appeler «de fonctionnement», par exemple dans le domaine de la sécurité sociale, Madame la Conseillère fédérale, pour des dépenses qui soient plus ciblées, pour un Etat social, mais un Etat social qui ne soit pas un Etat arrosoir, un Etat social qui sache différencier les besoins, et qui ne donne pas trop à ceux qui ont déjà.

Nous sommes en revanche pour que les dépenses d'investissement ne soient pas sacrifiées, notamment les dépenses pour la recherche, car nous considérons que c'est là le support, et que c'est la continuité qui offre des chances à l'avenir de ce pays. Les libéraux l'ont toujours dit: de M. Reverdin, qui fut président du Fonds national suisse de la recherche scientifique, à M. Scheurer Rémy, qui s'est beaucoup engagé dans ce domaine, nous croyons que les libéraux ont toujours relevé et souligné cette continuité.

Ce pays court le risque de la facilité, à cause des excès de l'Etat-providence, et à cause de cette habitude des subventions arrosoirs. Nous voulons cibler encore une fois, mais nous considérons que la recherche, c'est le nerf, c'est le ressort de ce pays, avec sa capacité de travail et son savoir-faire. C'est en effet les portes de l'avenir.

A long terme d'ailleurs, les finances fédérales passent aussi par la qualité de la recherche. Contrairement à ce qui se passe quelquefois dans cet hémicycle et de la part du Conseil fédéral en matière de finances fédérales, nous ne séparons pas les finances publiques de l'économie, et nous ne séparons pas l'économie de la recherche. Ces éléments, à nos yeux, participent de notre volonté de transmettre aux générations suivantes un pays adapté et aux chances et aux défis qui l'attendent.

Jeanprêtre Francine (S, VD): Si le groupe socialiste entre naturellement en matière sur le message qui nous est soumis, ce n'est cependant pas sans formuler des remarques et des critiques.

Bien sûr, nous aspirons à ce que s'ouvre enfin un large débat dans notre pays sur les objectifs en matière de science et de recherche, au Parlement et dans le public. Tout d'abord en raison des négociations bilatérales avec l'Union européenne, mais surtout parce que le politique ne s'est pas assez impliqué jusqu'ici. En effet, ce sont les milieux scientifiques qui ont élaboré les objectifs de notre politique de la science, le politique s'étant satisfait de diminuer les crédits au niveau des offices, puis des départements, puis du Conseil fédéral.

Est-ce ainsi que, dans une conjoncture économique difficile, face à une concurrence économique aiguë, alors que l'on sait que la matière grise et, donc, la recherche constituent notre principal et quasi-atout, l'on manifeste une volonté politique délibérée de voir des choix se faire, de fixer des priorités? Rien qui n'ait trait à la recherche et à des programmes de recherche n'est superflu, et il est malheureux, voire insoutenable, de voir certains «chipoter» sur des programmes ou des contenus de programme pour des montants de quelques dizaines de millions de francs.

Si nous exerçons la critique, c'est parce que le message du Conseil fédéral nous semble dénué de visions scientifiques et technologiques, d'objectifs précis et ambitieux capables de motiver et d'enthousiasmer les chercheurs, les jeunes, voire la population. Mais nous sommes déçus par le message concernant l'encouragement de la recherche scientifique surtout par le fait suivant.

La création il y a quatre ans du Groupement de la science et de la recherche (GSR), présidée par M. Ursprung, secrétaire d'Etat, avait largement suscité l'espoir de voir s'instaurer une politique scientifique conçue à l'échelle nationale. Il n'en sera

rien. Par ce message, le GSR n'apporte pas une justification de son existence. Certes, on essaie, au premier chapitre, d'esquisser les perspectives d'une politique scientifique nationale, mais d'une manière si abstraite et qui engage si peu qu'il n'en ressort finalement aucune politique concrète.

Par exemple, il n'existe pas de volonté de modifier les structures. Bien que les auteurs déclarent d'entrée qu'une réforme des structures institutionnelles serait prioritaire pour la réalisation d'une politique scientifique nationale cohérente, on nous renvoie une fois de plus à la prochaine législature. Ceci en dépit du fait que le Conseil fédéral avait déjà accepté il y a quatre ans un postulat de la commission allant dans ce sens, lors du traitement du message précédent concernant l'encouragement de la recherche scientifique. Alors, ou bien on a affaire à de l'incompétence, ou alors ce nouveau renvoi traduit une stratégie obscure de sauvegarde des acquis politiques.

L'éducation et la recherche sont des investissements à long terme. Déplacer ses jalons selon les contingences du moment est à la longue coupable. Les raisons d'accorder une haute priorité à la politique fédérale de formation et de recherche sont nombreuses. Les investissements d'avenir effectués dans ce domaine sont d'une grande valeur pour le développement de la société et notamment de l'économie. Bien que la Suisse dans son ensemble occupe une place relativement avantageuse du point de vue des dépenses de recherche et de développement, par comparaison avec d'autres pays industrialisés, la part des fonds publics à ces investissements est extrêmement faible. Or, l'activité privée de recherche et de développement tend depuis des années à diminuer en Suisse, notamment par des transferts à l'étranger.

Dans des domaines technologiques nouveaux et prometteurs, la recherche scientifique suisse est représentée dans une mesure inférieure à la moyenne. Mais il est nouveau et réjouissant d'entendre M. Eggly, au nom du groupe libéral, souhaiter un soutien plus énergique de la part de l'Etat. Nous remercions au Conseil fédéral de ne pas déployer suffisamment d'efforts pour remédier à des structures beaucoup trop compliquées et de tolérer sans réagir le peu de transparence de l'ensemble des flux financiers dans le domaine de la formation, de la recherche et du développement, recherches sectorielles des offices fédéraux comprises. Le crédit proposé ne couvrira qu'un quart de toutes les dépenses dans ce domaine, et il est difficile de se faire une idée globale de la situation du fait que les données statistiques ne sont pas uniformes ni compatibles avec les statistiques internationales.

Certes, nous approuvons le relèvement du crédit, mais nous souhaitons parallèlement une transparence des budgets. On ne peut relever ici, tronquer là, économiser plus loin. Tout ceci se fait au détriment de la cohérence et de l'efficacité. La recherche scientifique est une tâche d'avenir. Elle a un prix et nous devons savoir ici qui est prêt à payer ce prix.

Le groupe socialiste vous prie bien sûr d'entrer en matière, de soutenir les postulats de la commission ainsi que les crédits les plus appropriés présentés par la majorité de la commission dans l'arrêté F.

Leemann Ursula (S, ZH): Die vorliegende Botschaft über die Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996–1999 hat uns in einer schwierigen Zeit erreicht, bei knappen Bundesfinanzen und bei verschärftem globalen Wettbewerb auf jeder Ebene. Im Zentrum steht für uns heute deshalb die Prioritätensetzung. Weil wir Bildung und Forschung für die zukunftsweisenden Gebiete halten, wollen wir sie mit aller Priorität behandeln. Wesentlich bei der heutigen Diskussion ist allerdings auch die Kritik an den verkrusteten Strukturen, an den möglichen Verschwendungen und den nicht hinterfragten Privilegien auf diesem Gebiet, die immer wieder in den Budgetdebatten angemerkt worden sind.

Es ist schon ein Fortschritt, wenn heute über die Hochschulförderung und über die verschiedenen Forschungsförderungsinstrumente gemeinsam gesprochen wird. Wir müssen uns aber auch im klaren sein – das ist schon bemerkt worden –, dass es nur um rund ein Viertel der Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung geht. Wir sprechen heute nicht über die ETH-Beiträge im allgemeinen. Wir sprechen nicht über die

Berufsbildung, über die Fachhochschulen. Wir sprechen nicht über die Ressortforschung. Deshalb sind wir noch weit entfernt von einer wirklich kohärenten Wissenschaftspolitik.

Die hier schon vor vier Jahren geäusserte Kritik, dass die Strukturen zu straffen und mehr Transparenz zu schaffen seien, muss wiederholt werden. Entschuldigung kann beigefügt werden: Föderalismus ist uns aus politischen Gründen teuer, er ist aber auch in finanzieller Hinsicht teuer, und das müssen wir akzeptieren.

Immerhin: Wir verlangen mehr Transparenz. Wenn wir heute über diese jährlichen Ausgaben von rund 1 Milliarde Franken sprechen und zusätzlich rund 15 Millionen Franken für die Schwerpunktprogramme fordern, müssen wir auch im Auge behalten, dass wir beispielsweise jährlich rund 200 Millionen Franken für militärische Forschung und Entwicklung ausgeben, worüber wir nie im Detail gesprochen haben.

Der Bundesrat war grundsätzlich bereit, den Bereich Bildung und Forschung finanziell eher etwas besser zu behandeln als die Aufgabenbereiche im Durchschnitt. Das halten wir für positiv. Wir hätten es noch positiver gefunden, wenn die Prioritätensetzung noch ausgeprägter gewesen wäre. Bezeichnend für die Intransparenz und für die Folgen von verschiedenen Kürzungsrunden im Parlament und beim Bundesrat ist die Tatsache, dass in der Botschaft bei den Schwerpunktprogrammen Finanzen und Darstellung der Programme nicht mehr übereinstimmen. Offenbar sind da die kritischen Summen unterschritten worden.

Unsere Fraktion bittet Sie deshalb ausdrücklich, bei der Vorlage über die Schwerpunktprogramme bei beiden Serien, Nationalfonds und ETH, die Gesamtsummen zu erhöhen. Dem Parlament möchte ich sagen, dass es nicht nur heute Beschlüsse in diesem Bereich zu fassen hat, sondern dass diese Beschlüsse auch bei den Voranschlägen zu honorieren sind. Die Stop-and-go-Politik der letzten Jahrzehnte sollte sich nicht wiederholen; sie war viel zu verheerend.

Ich bitte Sie im Namen unserer Fraktion, den Antrag Sandoz, auf den Bundesbeschluss C nicht einzutreten, abzulehnen. Genau das wäre eine Stopp-Politik, die wir uns schlecht leisten können.

Wir bitten Sie, den Antrag Weyeneth zum Bundesbeschluss A, Artikel 4, der die Finanzierung der Universitätsspitäler beeinträchtigen würde, abzulehnen. Es wird im einzelnen noch darüber zu sprechen sein.

Wir bitten Sie, insgesamt den Anträgen der Kommission zu folgen und auch die Postulate der Kommission zu überweisen.

Haering Binder Barbara (S, ZH), Berichterstatterin: Diese Eintretensdebatte hat für mich in bezug auf die Einschätzung der wissenschaftspolitischen Situation der Schweiz eine doch erstaunlich grosse Übereinstimmung quer durch alle Fraktionen gezeigt. Die Bedeutung, welche dem Wissenschaftsplatz Schweiz beigemessen wird, wurde von allen Fraktionen unterstrichen.

Erwähnt wurden die Sorge um die Abwanderung dieses Forschungsplatzes ins Ausland und die Zusammenhänge zwischen dem Forschungsplatz Schweiz und dem Arbeitsplatz Schweiz.

Diese Übereinstimmung gab es vor vier Jahren nicht. Damals stand ein Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion betreffend die Kredite der Institutionen der Forschungsförderung, insbesondere auch des Nationalfonds, zur Debatte. Auf der anderen Seite stand von seiten der grünen Fraktion ein Rückweisungsantrag betreffend die Schwerpunktprogramme insgesamt – mit der Auflage, die industriennahe Forschung vollständig aus diesen Schwerpunktprogrammen herauszunehmen – zur Debatte.

Obwohl wir heute, vier Jahre später, eine sehr viel angespanntere Finanzsituation des Bundes haben, liegen heute die entsprechenden Rückweisungsanträge nicht vor. Ich denke also, dass in diesen Jahren – gerade in der Zeit der Arbeitsplatzknappheit – die Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Bildung als die einzigen Ressourcen unseres Landes deutlich geworden ist; deshalb also diese breite Übereinstimmung quer durch alle Fraktionen.

Die Übereinstimmung in bezug auf das Eintreten auf diese Vorlage wird allerdings auch gepaart mit einer doch sehr weit-

gehend und durchgehend geübten Kritik an der fehlenden Effizienz, an der fehlenden Transparenz und an der fehlenden Reformstärke und Reformfreudigkeit dieses Wissenschaftssystems Schweiz. Diese Kritik kam ebenfalls in sämtlichen Fraktionsvoten zum Ausdruck.

Das Votum von Herrn Schmid Peter hat an die Diskussion angeknüpft, die wir vor vier Jahren im Rahmen der Schwerpunktprogramme geführt haben, nämlich an die Diskussion über die Frage der inhaltlichen, der thematischen Schwerpunktsetzungen, des Abwägens zwischen Technik und Sozial- und Geisteswissenschaften. Ich denke, wir werden diese Diskussion im Rahmen der Detailberatung fortsetzen.

Ich bitte Sie im Namen der einstimmigen Kommission, auf diese Vorlage einzutreten.

Scheurer Rémy (L, NE), rapporteur: Je constate avec plaisir, au nom de la commission, la concorde qui existe à propos de l'entrée en matière, qui n'est pas discutée. Je vous remercie aussi du soutien que vous apportez aux deux postulats de la commission. En effet, on a souvent fait allusion à la question des flux financiers et à la question des structures dans la formation et dans la recherche.

Sans vouloir résumer le débat, ce qui ne m'appartient pas, je soulignerai deux éléments: l'un concerne les finances, l'autre les programmes prioritaires.

1. **M^{me} Fehr** a dit très justement qu'il fallait distinguer entre ce qui était nécessaire et ce qui était souhaitable. L'exécution du postulat qui demande la clarification, à la fois dans la connaissance des flux financiers et dans les structures, permettra sans aucun doute d'y voir plus clair. Mais, quelles que soient les économies et les améliorations de fonctionnement que nous pouvons apporter, cela ne suffira pas pour que l'on puisse dégager des moyens suffisants pour faire face aux besoins qui s'annoncent, et qui sont des besoins croissants. Il y aura, cela a été dit, beaucoup plus d'étudiants d'ici l'an 2000 que maintenant. Le nombre des étudiants va croissant dans tous les domaines.

On sait que le renouvellement rapide des connaissances suppose un effort aussi dans le domaine de la formation continue. On sait que les exigences en matière de recherche s'accroissent. On sait aussi que, dans le domaine industriel, le vieillissement des produits incite à un effort de renouvellement de la recherche qui est important et auquel l'Etat peut et doit participer. Tout cela fait qu'on ne peut pas s'en tenir à la formule, belle mais vide, qu'il faut faire plus avec moins. Il y aura sans aucun doute besoin de faire avec plus, quoi qu'on en dise.

Sur le plan financier encore, j'aimerais attirer votre attention sur le fait que, dans le meilleur des cas, les accroissements sont de 2,5 pour cent, soit à peu près la compensation du renchérissement qu'on peut attendre cette année. Il n'y a pas de croissance réelle dans ce qui est proposé, alors que les premières propositions demandaient au moins 1 pour cent de croissance réelle. Dans les différences qui existent ici ou là et dans les chiffres qui sont donnés, il ne faut pas oublier que tout doit être divisé par quatre puisqu'il s'agit d'un programme quadriennal.

2. A propos des programmes prioritaires, j'ai été très intéressé par la remarque de M. Kern au nom du Parti de la liberté. M. Kern nous dit qu'il faut mettre l'accent sur les transferts de technologie, sur le passage de la recherche à l'industrie, mais – je le dis à M. Kern ainsi qu'aux autres membres du Parti de la liberté – Minast, par exemple, vous offre exactement ce que vous enviez aux Japonais! Soyez logiques, alors, et donnez un surcroît de moyens à la recherche commune des universités et des entreprises (je comprends très bien que la distraction vaille mieux qu'une tentative de réponse à l'argument).

Quant au partenariat, c'est aussi un des éléments importants dans les programmes prioritaires qui sont indiqués, comme l'a souligné M. Chevallaz entre autres. C'est, au travers des programmes prioritaires, l'importance que l'on accorde à ce mot, magique et qui le reste, et qui doit passer des concepts dans les faits, à savoir la revitalisation: programme en biotechnologie, programme en informatique, appelé maintenant «structures d'information et de communication», programme en optique, programme des matériaux, et le programme sur les microsystèmes.

Mais heureusement que des voix se sont élevées, de divers côtés, pour rappeler qu'il est essentiel que des programmes prioritaires fassent leur place aux sciences humaines, aux sciences sociales. Nous devons avoir des programmes qui se préoccupent de l'environnement, ainsi que de l'avenir de la société en Suisse. Je m'adresserai ici plus particulièrement à mes amis députés du centre ou de droite pour leur rappeler que la sociologie ce n'est pas seulement quelques sociologues que nous connaissons bien et qui ne sont pas très fameux. Les sciences sociales concernent l'ensemble de la société, ça dépasse la sociologie. La préoccupation que l'on doit avoir sur l'avenir des conditions de vie dans un pays est importante.

Il y a eu là des remarques d'un caractère humaniste auxquelles nous sommes sensibles. On a rappelé Rabelais, on peut rappeler aussi que l'homme ne vit pas de pain seulement, il n'y a pas de science sans conscience, il n'y a pas que l'éthique du chercheur scientifique à l'égard de la recherche scientifique, il y a une éthique générale, il y a des sciences sociales, des sciences humaines qui devraient être une réflexion sur l'humanité et qui ont leur place, pleinement, dans des programmes prioritaires.

C'est pourquoi je suis très reconnaissant, à titre personnel, à ceux qui ont fait des remarques dans ce sens.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je tiens à remercier les rapporteurs de votre commission pour la clarté et la richesse de leurs rapports. C'est, effectivement, la première fois que le Conseil fédéral soumet au Parlement un message qui réunit les deux domaines de l'aide aux universités et de l'encouragement de la recherche. C'est un progrès qui manifeste, aussi, le souci permanent du Conseil fédéral de ne pas considérer l'éducation sans lien avec la recherche, ni la recherche sans sa responsabilité en termes de formation d'une nouvelle génération de chercheurs.

C'est un premier progrès. Mais il a été également souligné que ce n'est pas tout et que cela ne permet pas de donner une vue d'ensemble de toutes les activités de la Confédération dans le domaine de la recherche, de l'éducation et de la formation professionnelle. Je crois qu'il faut se réjouir de ce premier pas, j'y reviendrai, et voir comment des pas suivants pourront être entrepris.

Je m'associe à la synthèse de vos deux rapporteurs pour souligner à quel point il est réjouissant de voir converger les points de vue exprimés à cette tribune, de voir à quel point la nécessité de notre investissement dans ce domaine est importante et à quel point les exigences que nous donnons à la recherche et à l'éducation sont élevées.

Effectivement, le but de ce crédit, le but de ce plan quadriennal, est bien de maintenir le niveau de qualité de la science suisse, en un moment où la tentation pourrait être trop grande, hélas, d'économiser également dans ce domaine, au-delà de ce qui pourrait paraître raisonnable. Il est vrai qu'en comparaison internationale la qualité de la science suisse est relativement élevée, mais nous ne nous lasserons jamais de répéter que ce niveau est le fruit des efforts déployés au cours des années passées. C'est, effectivement, le résultat d'un investissement important qui a été fait, mais ne nous reposons pas sur ces lauriers. Si nous ne poursuivons pas cet effort, la qualité de la science suisse ne pourra pas être maintenue.

C'est ainsi qu'il faut comprendre les phrases du message citées par M. Eggly, qui sont des avertissements quant au risque que nous courons si nous ne maintenons pas au même niveau les efforts qui ont été faits par le passé. Le Conseil fédéral se rend, hélas, compte qu'il ne peut pas faire plus, mais les projets qu'il vous présente tiennent compte du caractère d'investissement de cet effort.

Si la Suisse perd, malgré tout, actuellement de son attrait, ou si nous avons à le craindre, c'est notamment parce que l'économie suisse délocalise ses activités de recherche à l'étranger. Si nous voulons maintenir notre position, nous devons aussi donner à l'économie, c'est-à-dire à la recherche privée, les conditions-cadres nécessaires pour qu'elle se maintienne en Suisse; c'est-à-dire qu'il nous faut concentrer nos efforts et apprendre à affronter les défis dans les domaines de la recherche et de l'éducation où ils se posent.

Nous sommes également persuadés que la place intellectuelle suisse déterminera la position de la place industrielle suisse, à l'avenir, et que l'engagement que nous prenons, et que nous vous invitons à prendre, est essentiel, également pour l'avenir économique de notre pays. C'est pourquoi nous devons soutenir les universités dans leurs tâches capitales que sont la formation de base, la formation de la relève scientifique et la formation avancée des futurs cadres, de même que la recherche. Nous devons encourager cette formation par des subventions de base annuelles et soutenir la recherche libre et la recherche orientée, notamment par le financement de programmes à moyen et à plus long termes. Nous devons, également, contribuer à l'amélioration des liens de collaboration entre le monde de la recherche et le monde de l'économie. Là encore, des programmes prioritaires jouent un rôle capital.

Mais cette amélioration de la collaboration entre la recherche et l'économie vaut également pour la deuxième ambition que reflète le message, celle de l'ouverture de la recherche suisse au monde. C'est la raison pour laquelle nous négocions actuellement avec l'Union européenne pour obtenir, dans les meilleurs délais, une participation intégrale au 4^e programme européen de recherche et de formation, mais également – et je tiens une fois de plus à le répéter ici – à intensifier nos contacts avec les autres pôles de la recherche internationale: le Japon, les Etats-Unis d'Amérique, et pour nous intégrer vraiment dans la structure internationale de recherche.

Nous devons également aller de l'avant dans la réforme des études et la réponse que les universités peuvent apporter à ce défi de la formation souligné par M^{me} Grossenbacher. Il y a effectivement accroissement du nombre des étudiants, largement dû, actuellement, à l'évolution démographique; mais il y a aussi simultanément une réduction des moyens. Face à ces mouvements divergents, nous devons, Confédération et cantons, trouver des solutions. C'est d'ailleurs aux cantons qu'il appartient de résoudre toute une série de questions que vous avez soulevées, Madame Grossenbacher, de façon très pertinente, et il appartient à la Confédération de tendre la main aux cantons pour améliorer l'adéquation de cette réponse. Mais ce sont essentiellement les universités cantonales qui se trouvent aujourd'hui confrontées à cette situation difficile et vous avez demandé quelles étaient les réponses. Les réponses sont dans la mise en oeuvre rapide de réformes au niveau des études. Elles sont dans le raccourcissement de la durée des études. Encore une fois, c'est une réforme qu'il appartient aux cantons d'entreprendre.

Vous avez vu à quel point ces idées se développent, y compris dans les cantons réputés pour les durées d'études les plus longues actuellement. Il y a la meilleure structuration des cycles d'études; il y a la réflexion que vous avez amorcée quant aux rapports entre étudiants et enseignants, mais qui demande des réponses, par exemple en réallouant des postes d'enseignement; mais c'est encore de la compétence des cantons. Vous savez que de nombreux postes d'enseignants vont connaître des vacances, des besoins de remplacement. Ce sera l'occasion, certainement pour les cantons aussi, de voir où il y a pléthore d'enseignants. Il y a des facultés où il y a peut-être pléthore d'enseignants ou, au contraire, où il y a manque d'enseignants.

Vous avez souligné le problème des sciences humaines, j'y reviendrai à propos du programme «Demain la Suisse», dont une ambition consiste à apporter une contribution à ce problème.

Il y a aussi toutes les réflexions qui se font sur le rapport au sein même du corps enseignant entre professeurs et corps intermédiaire, de façon à assurer un meilleur encadrement des étudiants. Je crois que le problème est reconnu et les réformes sont amorcées; le rôle de la Confédération est de les rendre possibles.

Il faut renforcer la coopération entre les universités, j'y reviendrai, mais surtout créer, et c'est une autre tâche que nous avons, un système cohérent d'enseignement supérieur qui ne se limite pas à ce qui est couvert par le message actuel.

J'en viens, avec mes deux dernières remarques, à la critique la plus durement formulée, notamment par le groupe socialiste:

les problèmes liés aux structures de coordination de la recherche et de l'éducation. Critique durement formulée et qui m'oblige à prendre tout simplement et très clairement mes distances par rapport à des expressions aussi percutantes, mais à mon avis qui correspondent peu à la réalité, tels le reproche d'incompétence et le reproche de poursuivre d'obscurs desseins dans ce domaine. Il s'agit au contraire de faire évoluer le fédéralisme de l'enseignement et de la recherche, et de trouver des solutions qui soient des solutions applicables dans leur ensemble, avec la communauté scientifique, et non pas contre elle.

En commission, j'ai eu l'occasion de dire très clairement quelles étaient les priorités que nous nous sommes fixées dans le domaine de ces questions de coordination. J'aimerais les répéter ici, parce que la critique a été peut-être trop globale et qu'elle demande une réponse, au contraire, plus affinée.

Les problèmes de structure ne se posent pas avec la même urgence dans les différents domaines touchés par ce message. Permettez-moi de distinguer trois niveaux de coordination.

1. C'est celui qui concerne les activités de la Confédération elle-même. M. Scheurer Rémy a souligné que sept départements, sept sur sept donc, dans la structure de la Confédération, avaient des activités de recherche. Permettez-moi de dire ici très clairement que la priorité numéro un est celle de la coordination au sein même de l'administration fédérale et cette priorité touche également à l'analyse des flux financiers, dont nous aurons l'occasion de parler. Elle se réfère également au postulat de votre commission, qui veut que, dans ce domaine, les moyens mis à disposition des différents départements doivent être analysés comme un ensemble.

Nous avons également dans ce domaine le besoin d'une coordination et d'un développement cohérent de la filière éducation et recherche et de la filière formation professionnelle et hautes écoles spécialisées. Le Conseil fédéral y travaille dans le cadre de la réforme du gouvernement et de l'administration. Il me paraît important de dire que c'est dans le courant de cette année 1995 que nous entendons aborder ces questions et apporter des réponses dans le cadre de cette réflexion plus globale. C'est la priorité des priorités. Je dirais qu'il faut tout simplement commencer par «balayer devant notre propre porte» avant d'aller prêcher la coordination à des partenaires comme le sont nos cantons.

2. Mais j'en viens également à cette relation Confédération et cantons qui est le deuxième niveau de coordination, et, à travers cela, bien sûr à la coordination entre les cantons eux-mêmes. Nous avons la structure de la Conférence universitaire suisse (CUS), mais nous avons également la structure de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique. Nous avons, par ailleurs, concernant l'autre problème, les structures de coordination des hautes écoles spécialisées, et c'est dans ce domaine que le besoin de coordination se révèle être le plus large, puisqu'il concerne plus de partenaires et donc il demande aussi plus de temps. Je dirai que c'est au cours des deux prochaines années que nous arriverons certainement à faire progresser tous ensemble ce besoin de coordination qui touche en premier lieu à l'enseignement, à l'éducation. Un groupe de travail a déjà été constitué au sein de la CUS pour examiner les relations entre la CUS et la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique.

Cela ne concerne pas directement la Confédération, sinon que nous nous sommes associés pour fixer très clairement la participation de la Confédération dans cet ensemble, et je pense que le message est clair sur ce plan: nous ne repoussons pas la solution à ces problèmes à la fin de la période quadriennale dont nous parlons aujourd'hui; nous voulons faire progresser durant cette période une solution à ces problèmes, qui pourrait aboutir, si justement le mécanisme de la CUS devait être modifié, à une modification de la loi sur l'aide aux universités qui pourrait être proposée dans le courant des deux prochaines années, au début de la prochaine législature vraisemblablement. C'est donc la deuxième priorité dans le temps.

3. Troisième priorité dans le temps, parce que les besoins dans ce domaine paraissent moins urgents malgré, peut-être,

certaines déclarations qui ont été faites à cette tribune, c'est la coordination de la recherche. Il est clair qu'il y a cette nécessité de coordination de la recherche sur mandat de l'administration fédérale, de la recherche orientée sous ses deux formes et dans le cadre de la Confédération. Mais la recherche en général est une recherche de qualité. La Suisse n'a pas à avoir honte du niveau de sa recherche et elle se soumet à des contrôles internationaux de cette qualité. Nous avons, avec le Fonds national suisse de la recherche scientifique, un instrument de coordination qui a fait ses preuves.

Le besoin de coordination dans le domaine de la recherche, et en particulier de la recherche libre, me paraît donc moins urgent que les deux premiers niveaux dont je vous ai parlé. Mais il est clair que, dans ce domaine, il y a effectivement un certain nombre d'institutions – je pense aux quatre académies scientifiques, au Conseil suisse de la science – qui réfléchissent sur l'amélioration de la contribution qu'elles peuvent apporter à la coordination de la science en Suisse.

Ceci est donc, puisqu'on me demande un calendrier, le travail de la deuxième moitié de la législature ou de la deuxième partie de la période qui est actuellement en discussion. Vous voyez donc que vos critiques largement justifiées – je me suis opposée à leur ton et à leur caractère massif – sont fondamentalement partagées par le Conseil fédéral qui s'engage à résoudre progressivement les problèmes que vous avez mis en évidence.

J'aborde très rapidement les programmes prioritaires. Nous aurons l'occasion d'en parler puisqu'il y a des propositions dans ce domaine. Permettez-moi tout simplement de vous rappeler qu'ils sont placés sous la haute responsabilité du Parlement, qu'ils sont votre premier instrument d'orientation de la recherche. J'ai remarqué avec une très grande satisfaction que, même si la discussion a porté et portera encore sur le choix des programmes prioritaires, l'importance à leur accorder, les moyens mis à leur disposition et l'importance de la recherche libre – je dirais presque en filigrane et en négatif – n'ont été mis en question par personne. On n'envisage pas dans cette enceinte, et je m'en réjouis, de remettre en question la recherche libre au profit de la recherche orientée. On se rend compte au contraire que, sur un socle très solide de recherche libre de haute qualité, il y a une construction supplémentaire qui doit être faite pour assurer qu'il n'y ait pas de lacunes qui s'ouvrent, qu'il n'y ait pas de dommages, en particulier pour notre économie, qui résultent d'un effort insuffisant dans certains domaines. Donc, le caractère complémentaire, je dirais presque subsidiaire, de la recherche orientée a été affirmé dans ce débat et cela me paraît être un poids suffisamment important pour que je le souligne.

Les programmes prioritaires doivent effectivement être des programmes qui assurent à la Suisse une meilleure structure de son potentiel de recherche et qui lui permettent également de ne pas perdre le contact avec des domaines de pointe qui se développent sur le plan international, mais où la Suisse risque de perdre sa compétitivité si cet effort n'est pas consenti. C'est également le moyen que nous avons de permettre à l'industrie et aux applicateurs dans ce domaine de collaborer avec la recherche universitaire pour accélérer le transfert de technologie. C'est enfin pour nous l'instrument nécessaire pour veiller à ce que des domaines qui ne sont pas de la qualité que nous souhaitons, où le rapport enseignants/chercheurs/étudiants est mauvais, soient corrigés parce qu'une communauté de chercheurs trouve tout d'un coup les possibilités de bâtir un avenir et de bâtir un domaine d'activités – je pense là au caractère indispensable des programmes en matière de sciences humaines. Cela a été souligné, les sciences humaines sont d'une qualité et d'une quantité insuffisante dans ce pays, le programme prioritaire «Demain la Suisse» doit permettre de combler cette lacune.

Encore une fois – vos rapporteurs l'ont souligné –, je remarque un consensus profond dans cette salle quant aux grands équilibres et aux grandes relations qui doivent exister entre recherche et éducation, entre recherche libre et recherche orientée. Je ressens aussi un grand consensus quant aux besoins de coordination et d'un fonctionnement amélioré d'un secteur vital pour notre société et notre économie, dont nous pouvons

être encore fiers et dont nous pourrions être fiers demain si nous consentons aujourd'hui les efforts nécessaires.

A. Bundesbeschluss über die Kredite nach dem Hochschulförderungsgesetz in den Jahren 1996–1999 (neunte Beitragsperiode)

A. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués en vertu de la loi sur l'aide aux universités pour la période 1996–1999 (neuvième période de subventionnement)

Haering Binder Barbara (S, ZH), Berichterstatterin: Die Begründung für diese Kredite bildete bis anhin eine eigene Botschaft: die Botschaft für Hochschulförderung. Im Interesse einer besseren Übersicht über die verschiedenen Bereiche der Wissenschaftspolitik wurden diese Kredite, wie bereits erwähnt, zum ersten Mal mit jenen nach dem Forschungsförderungsgesetz in einer einzigen Botschaft zusammengefasst. Die Höhe dieser Kredite ergibt sich im Prinzip aufgrund des Finanzierungsmodells, wie es im Hochschulförderungsgesetz festgelegt wird, und aufgrund der Mehrjahresplanung der Schweizerischen Hochschulkonferenz.

Die von der Schweizerischen Hochschulkonferenz ursprünglich ersuchten Kredite sahen allerdings für das Jahr 1995/96 ein Wachstum von insgesamt 40 Prozent vor, was angesichts der heutigen Bundesfinanzen doch leicht dadaistisch anmutet und gleichzeitig die Dringlichkeit einer grundsätzlichen Reform des Hochschulförderungsgesetzes und seines Finanzierungsmodells unterstreicht, und zwar sowohl was die Grundbeiträge als auch was die Investitionsbeiträge anbelangt.

Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, auf diesen Bundesbeschluss A einzutreten und ihm zuzustimmen.

Auf den Antrag Weyeneth zu Artikel 4 werden wir eingehen, wenn er begründet worden ist.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Weyeneth

Streichen

Art. 4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Weyeneth

Biffer

Weyeneth Hermann (V, BE): Nichts gegen Forschung und schon gar nichts gegen Bildung. Mein Antrag wendet sich aber klar gegen die Art und Weise, wie man für die Klinikbauten von Hochschulkantonen 52 Millionen Franken à discrétion zur Verfügung stellen will. Mein Widerstand gegen die Gesetzesrevision richtet sich gegen Artikel 11d der Vorlage H, wo es wörtlich heisst: «Sie» – die Hochschulkantone – «bestimmen selbst, für welche Bauten die Beiträge verwendet werden.»

Wozu verwenden erfahrungsgemäss die Kantone diese Mittel? Die Universitätskantone mit Hochschulkliniken sind durchaus in der Lage, die zum Betrieb von universitären Kliniken notwendigen Bauten mit eigenen Mitteln zu erstellen. In diesen Kantonen besteht dazu auch ein breiter Wille und politischer Konsens.

Aufgrund meiner Erfahrung aus mehrjähriger Mitwirkung in einem Kanton mit Hochschulkliniken stelle ich fest, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht zur Finanzierung von Notwendigem herbeigezogen, sondern für den Wunschbedarf und für Luxus eingesetzt wurden.

Wenn es darum geht, Bundesmittel in Anspruch zu nehmen, argumentiert man nicht mehr mit dem Bedürfnis, sondern man kann es beim kantonalen Finanzgeber einzig und allein mit dem Hinweis begründen, das Bedürfnis sei von Bundesseite anerkannt und bejaht worden.

So habe ich in Konkurrenzsituationen zwischen den Hochschulkantonen die überstürzte Anschaffung von Nierensteinerzürmerern, von Computertomographen, von Lasertechnik und NRM erlebt. Ich habe mir sagen lassen, dass die Schweiz dank der Zurverfügungstellung von solchen Mitteln über gleichviel Lebertransplantationsstationen verfügt wie Frankreich.

Wenn wir sagen, wir wollen einen effizienten, wirksamen Mitteleinsatz, dann kann man keine solche Finanzierung unter dem Titel «Vereinfachung des administrativen Verfahrens» beantragen. Wir müssen darauf bestehen, dass ein Bedürfnisnachweis für die Verwendung dieser Bundesmittel erbracht wird. Wir müssen darauf bestehen, dass eine Koordination unter den Sanitäts- und Erziehungsdirektoren der Kantone besteht. Aber mit der beantragten Art der Zurverfügungstellung der Mittel verhindern wir gerade die Koordination. Wir verhindern gerade eine notwendige Zusammenarbeit. Der Bund trägt mit einer solchen Finanzierungsart die Mitverantwortung für eine weitere Zersplitterung der Kräfte, und es resultiert das Gegenteil eines wirksamen Mitteleinsatzes.

Die Folgen dieser Klinikbauten, die mit Bundesmitteln erstellt werden, werden eine weitere Kostenexplosion im Gesundheitswesen und eine Prämienhöhung durch die Krankenkassen sein, und erneut wird ein stärkerer Ruf nach vermehrter Subvention von Gesundheitskosten der Krankenkassen erschallen. Man kann dann wieder über diese Situation lamentieren, nachdem man vorher bei der Zurverfügungstellung von Mitteln einen Investitionsschub finanziert hat, der sich nicht bedürfnisgerecht und wirksam abgespielt hat.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, Artikel 4 zu streichen und eine Subvention à discrétion ohne Bedarfsnachweis, ohne Koordination zu verhindern.

Die restlichen Anträge zum Beschluss H möchte ich weiter nicht mehr begründen. Sie sind eine Folge dieses Beschlusses, der hier an dieser Stelle zu fassen ist.

Leemann Ursula (S, ZH): Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion bitte ich Sie, dem Antrag Weyeneth nicht zu folgen. Ich denke, es geht hier um zwei Gesichtspunkte, zum einen um die finanzpolitische Frage, auf welche Weise Beiträge des Bundes zu konzipieren und auszurichten seien; Herr Weyeneth hat seinen Antrag sehr ausführlich damit begründet. Eine möglichst effiziente Verwendung der Gelder soll garantiert sein, gleichzeitig soll der Bund aber auch die nötige Handhabe für die Steuerung und Koordination haben. Es gibt heute ganz generell Forderungen nach pauschaleren Abgeltungen, und es ist eigentlich klar, dass dort, wo Grundbedürfnisse vorhanden sind, die eigentlich nicht mehr jedesmal im einzelnen ausgewiesen werden müssten, Pauschalen sinnvoll sind. Sie motivieren die untere Ebene, in diesem Fall die Kantone, durchaus zur effizienten Verwendung der Mittel.

Wir halten deshalb die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung des Hochschulförderungsgesetzes in dieser Hinsicht für sinnvoll und begrüßen sie. Wenn Herr Weyeneth diese Änderung ablehnt, so zum einen darum, weil er den Bedürfnisnachweis haben will und zum zweiten befürchtet, dass mögliche Exzesse der Spitzenmedizin, der Transplantationsmedizin usw. durch pauschale Beiträge eher erleichtert würden.

Ich denke nicht, dass dies die Folge sein wird. Die knappen Kantonsfinanzen werden so oder so auf Jahre hinaus Exzesse unwahrscheinlich machen. Wir können auch davon ausgehen, dass die 13 Millionen Franken jährlich, die hier zur Diskussion stehen, nicht dazu dienen können, beliebige Exzesse zu finanzieren. Dazu ist diese Summe im Verhältnis viel zu gering.

Es ist aber auf der anderen Seite klar anzuerkennen, dass es, auch wenn der Betrag nicht riesengross ist, trotzdem um eine Senkung der Beiträge des Bundes an die Hochschulkantone geht, die bereits unter einem sehr massiven finanziellen Druck stehen. Wir beobachten bei den gesamten Hochschulausgaben der Kantone einen seit Jahren sinkenden anteilmässigen Beitrag des Bundes. Auf der anderen Seite haben wir ungebrochen steigende Studentenzahlen; Sie wissen, dass heute vor allem in der Medizin vom Numerus clausus die Rede ist. Wir halten es deshalb – abgesehen vom finanzpolitisch-technischen Aspekt – auch für absolut falsch, wenn jetzt hier diese Kürzung zulasten der Hochschulkantone vorgenommen werden sollte.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen unserer Fraktion, den Antrag Weyeneth abzulehnen.

Haering Binder Barbara (S, ZH), Berichterstatterin: Der Antrag Weyeneth betrifft gleichzeitig Artikel 4 von Bundesbeschluss A und auch den Bundesbeschluss H, Änderung des Bundesgesetzes über die Hochschulförderung.

Die Höhe der Investitionsbeiträge insgesamt, d. h. sowohl jene unter Artikel 3 als auch jene unter Artikel 4, die jetzt bestritten werden, weisen gegenüber der letzten Botschaft vor vier Jahren kein Wachstum auf; das entspricht, wie bereits erwähnt, in keiner Art und Weise den Eingaben der Hochschulkonferenz. Die Hochschulkonferenz hatte hier 600 Millionen Franken beantragt; erhalten soll sie 340 Millionen Franken. Neu werden die Investitionsbeiträge aufgeteilt: Jene für Hochschulklinikbauten der Humanmedizin werden pauschaliert und auf insgesamt 52 Millionen Franken beschränkt. Umgerechnet bedeutet dies eine Reduktion dieser Bundessubvention von bisher 30 Prozent auf neu 15 Prozent, also alles andere als eine Kostenexplosion, eher eine Kostenimplosion. Die Pauschalierung dieser Beiträge entspricht im übrigen einem alten Anliegen auch aus unserem Rat und dem Wunsch, die personalaufwendigen Überprüfungsarbeiten, die sich aus dem alten System der anteilmässigen und projektbezogenen Finanzierung ergaben, zu reduzieren.

Nicht im Namen, aber im Sinne der Kommission bitte ich Sie deshalb, den Antrag Weyeneth abzulehnen.

Le président: Les groupes démocrate-chrétien, radical-démocratique, AdI/PEP et écologiste communiquent qu'ils rejeteront la proposition Weyeneth.

Scheurer Rémy (L, NE), rapporteur: La Conférence universitaire suisse avait demandé un crédit de 2,216 milliards de francs pour les subventions de base et les subventions aux investissements. Cette somme a été ramenée à 1,656 milliard de francs, cela dit pour vous montrer la pression exercée déjà par le Conseil fédéral sur les subventions aux hautes écoles.

En ce qui concerne plus particulièrement la subvention aux investissements et la proposition Weyeneth, je remarque tout d'abord un élément formel, c'est que la proposition aurait dû toucher aussi l'article 3 qui fait allusion à ces subventions forfaitaires pour les travaux de construction de cliniques universitaires.

Sur le fond, je vous demande de repousser cette proposition. Je peux le faire au nom de la commission, qui a accepté le projet à l'unanimité, et parce que la commission a souligné l'intérêt qu'il y avait à introduire des subventions forfaitaires dans un certain nombre de domaines. Elle a même souhaité que l'exemple des subventions forfaitaires aux travaux de construction de cliniques universitaires de médecine humaine ne reste pas un cas isolé, mais que l'on aille plutôt vers la généralisation de ce système, et cela pour des raisons de simplification administrative à plusieurs niveaux: d'une part, parce qu'il

est très difficile de déterminer dans les constructions universitaires ce qui est véritablement du domaine universitaire et ce qui est du domaine hospitalier et, d'autre part, parce que l'octroi de ces subventions de contrôle des opérations demande un travail administratif considérable. D'ailleurs, et M^{me} le rapporteur de langue allemande l'a dit, avec le système proposé de subventions forfaitaires, l'engagement financier de la Confédération sera inférieur à ce qu'il était jusqu'à présent.

Notre Commission des finances et la Commission de gestion avaient elles aussi fait en son temps des propositions qui allaient dans le même sens. C'est donc un système plus souple, moins paperassier qui nous est proposé.

Je vous demande de repousser la proposition Weyeneth.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Dans son intervention, M. Weyeneth a souligné que c'était la subvention elle-même qu'il mettait en cause et, subsidiairement, le caractère forfaitaire de cette subvention.

Vous avez vu qu'il y a une tendance à la réduire, il y a effectivement des investissements importants qui ont été faits dans le passé. Nous devons en tenir compte, mais cela ne signifie pas qu'il n'y ait plus de besoins dans le domaine de la construction de cliniques universitaires, et j'aimerais très clairement dire ici que le système forfaitaire ne signifie pas que cette question du besoin est évacuée. Ce sont bien sûr des investissements qui doivent correspondre à des améliorations des infrastructures nécessaires, notamment à cause des progrès de la médecine, des nouvelles installations qui demandent, elles aussi, dans ce cas, d'avoir de nouveaux bâtiments où les abriter.

Il est très important, surtout maintenant, que nous restions les partenaires fiables des cantons que nous avons été dans le passé; que nous ne changions pas d'attitude et que nous ne refusions pas de reconnaître que les cliniques universitaires ont un caractère mixte, qu'elles sont à la fois lieu de soins et lieu de formation et de recherche. Que nous ne changions pas d'attitude au moment même où, par la loi sur l'assurance-maladie, nous voulons imposer aux cantons plus de transparence, plus de clarté, par rapport à l'effort qu'ils font et à l'effort que doivent faire les patients et les assurés.

Il est très important que nous essayions de faire la part des soins, d'un côté, qui doivent être à la charge des cantons, et, de l'autre, des assurances-maladie, et de l'éducation et de la recherche, qui peuvent être portées conjointement par les cantons et la Confédération, mais pour un volume plus faible que ce n'était le cas dans le passé.

Quant au caractère forfaitaire que nous souhaitons introduire, voyez-y le souci très réel de ne pas multiplier des démarches administratives ou bureaucratiques inutiles. Actuellement, les offices concernés sont, en plus des autorités cantonales, le Bureau des constructions universitaires de la Conférence universitaire suisse, le Conseil de la Conférence universitaire suisse, l'Office des constructions fédérales, l'Office fédéral de l'éducation et de la science, éventuellement le Conseil suisse de la science et le Contrôle fédéral des finances. Il serait sensé de mettre de l'ordre là-dedans et, une fois que la preuve du besoin a été établie, de confier à un seul office le soin de prendre cette décision et donc de procéder à une subvention forfaitaire. Nous sommes là en harmonie avec les demandes du Parlement, mais également avec la nouvelle loi sur les subventions.

Je vous prie donc de repousser la proposition Weyeneth.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	113 Stimmen
Für den Antrag Weyeneth	24 Stimmen

Art. 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

(Ref.: 1386)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Allenspach, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Bodenmann, Bonny, Borel François, Borradori, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgli, Camponovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Darbellay, de Dardel, Dettling, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Friderici Charles, Gadiant, Giezendanner, Giger, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Hollenstein, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Kern, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Mauch Ursula, Maurer, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Moser, Mühlemann, Müller, Narbel, Neuenschwander, Ostermann, Philipona, Pini, Raggenbass, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rutishauser, Sandoz, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Singeisen, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Steffen, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zisyadis, Zwahlen, Zwygart (125)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Rychen, Scherrer Werner, Weyeneth (3)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aguet, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Blatter, Blocher, Borer Roland, Bortoluzzi, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Cavadini Adriano, Danuser, David, Deiss, Diener, Dreher, Dünki, Eymann Christoph, von Felten, Fischer-Sursee, Frey Walter, Fritschi Oscar, Früh, Gobet, Gross Andreas, Heberlein, Herczog, Hess Peter, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Mauch Rolf, Meier Hans, Miesch, Nabholz, Nebiker, Oehler, Perey, Pidoux, Poncet, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stamm Luzi, Steiner, Steinemann, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Thür, Tschäppät Alexander, Vetterli, Wick, Zbinden, Ziegler Jean, Züger (71)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude (1)

B. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zur Förderung des akademischen Nachwuchses in den Jahren 1992–1995

B. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales visant à encourager la relève universitaire durant les années 1992–1995

Haering Binder Barbara (S, ZH), Berichterstatterin: Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, auf den Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zur Förderung des akademischen Nachwuchses in den Jahren 1992–1995 einzutreten und ihm zuzustimmen.

Ziel dieser Sondermassnahmen ist es, einen Beitrag zur Lösung eines der vordringlichsten Probleme der aktuellen Hochschulpolitik zu leisten, nämlich einen kompetenten professoralen Nachwuchs aufzubauen, was angesichts der anstehenden Emeritierungswelle von grosser Bedeutung ist.

Diese Sondermassnahmen haben sich in den letzten vier Jahren bewährt, und der geforderte Frauenanteil von einem Drittel konnte erfreulicherweise von Anfang an übertroffen werden. Ein Beispiel, dass Quoten effiziente Frauenförderungsmassnahmen sein können. Die Forderung «cherchez la femme» kann durchaus zum Ziele führen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

(Ref.: 1387)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlin, Béguelin, Berger, Binder, Bircher Peter, Borel François, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Campionovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Columberg, Comby, Cornaz, Darbellay, de Dardel, Deiss, Dettling, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Eymann Christoph, Fankhauser, Fehr, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Gadiet, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hess Otto, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Kern, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Maurer, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Müller, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Ostermann, Perey, Philipona, Pini, Raggenbass, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruf, Rychen, Sandoz, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schneider, Schweingruber, Singeisen, Spoerry, Stamm Judith, Steffen, Steiger Hans, Theubet, Thür, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wittenwiler, Wyss William, Zwygart (110)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Allenspach, Aregger, Aubry, Bär, Baumberger, Bezzola, Bischof, Blatter, Blocher, Bodenmann, Bonny, Borer Roland, Borradori, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Cavadini Adriano, Cincera, Couchepin, Danuser, David, Diener, Dreher, Dünki, Epiney, Fasel, von Felten, Fischer-Sursee, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Goll, Gross Andreas, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Meier Hans, Miesch, Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Pidoux, Poncet, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Ruffy, Rutishauser, Schmid Samuel, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Tschäppät Alexander, Wick, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwahlen (89)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude

(1)

C. Bundesbeschluss über Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung **C. Arrêté fédéral relatif à des mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire**

Antrag der Kommission

Eintreten

Antrag Sandoz

Nichteintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Proposition Sandoz

Ne pas entrer en matière

Sandoz Suzette (L, VD): Ma proposition de non-entrée en matière ne marque aucune opposition ni aux universités, vous le pensez bien, ni à la formation, vous le devinez, ni même d'ailleurs à la formation continue bien qu'elle ne soit pas, à mon avis et contrairement à des avis exprimés que l'on trouve dans le message, la tâche prioritaire des universités. Ma proposition n'est pas non plus une opposition à la recherche, bien au contraire, et je soutiendrai tout à l'heure la majorité en ce qui concerne l'arrêté F.

Si j'ai déposé une proposition de ne pas entrer en matière, c'est parce qu'il y a en réalité, en rapport avec cet arrêté, une question de cohérence du Parlement qui se pose. L'arrêté que l'on vous propose de prolonger comporte, actuellement, un article 3 lettre c qui prévoit que les fonds qui ont été accordés jusqu'à présent, et qui doivent l'être d'ailleurs jusqu'à la fin de l'année prochaine, – nous ne sommes donc pas du tout en train de couper quoi que ce soit de promis – ne le sont que s'il y a une garantie, fournie par les universités, qu'à l'expiration dudit arrêté, c'est-à-dire au-delà du 31 décembre 1996, ce sont les subventions ordinaires fondées sur la loi sur l'aide aux universités et sur la loi sur la recherche qui continueront à assurer les tâches de formation entreprises.

Si vous lisez le message de 1989 commentant cet article 3 lettre c, vous verrez qu'on y insistait sur le fait qu'un plan financier doit être fourni par les universités, montrant de quelle manière seront utilisées les subventions pendant les six ans, de façon qu'à l'expiration de l'arrêté, il n'y ait pas de subventions nécessaires, encore une fois, autres que celles que l'on peut recevoir par le biais de la loi sur l'aide aux universités ou de la loi sur la recherche.

Or, ce que l'on nous propose en ce moment, c'est en réalité de corriger indirectement, en prolongeant l'arrêté, les mesures d'assainissement qui ont été prises et qui représentent une diminution – diminution prévue, annoncée et planifiée – des montants accordés aux universités ou aux hautes écoles. Mais en l'occurrence, les hautes écoles ne sont pas concernées par cette prolongation.

Autrement dit, il y a une sorte de «truc» qui est lié à cette prolongation: ce qui, parce que nous avons décidé des mesures d'assainissement, ne peut pas passer par d'autres lois, va être réintroduit par la prolongation d'un arrêté que nous nous étions en un sens engagés à ne pas prolonger, et ceci en pleine connaissance des intéressés.

Refuser donc de prolonger l'arrêté ne serait pas reporter sur les universités une tâche que la Confédération se serait engagée à accomplir, puisque, précisément, elle s'était engagée, par nous, à ne pas aller au-delà de ces six ans. Cela équivaldrait simplement, je le répète, à corriger, par une sorte de «truc», des décisions d'assainissement que nous avons prises.

Cette manière de procéder n'est pas rigoureuse, ne correspond pas à la démarche d'un Parlement que le peuple et les cantons viennent d'ailleurs d'encourager expressément à être rigoureux lorsqu'il s'agit de décider des dépenses.

C'est au nom d'une rigueur, d'une logique – puisque nous nous étions engagés à imposer, après les six ans, la reprise de certaines charges par la loi sur l'aide aux universités et par la loi sur la recherche – que je vous invite à ne pas prolonger l'ar-

rêté et, par conséquent, à ne pas voter non plus l'arrêté D qui lui est lié.

Grossenbacher Ruth (C, SO): Ich bin fest davon überzeugt, dass in allen Bereichen der Bildung und der Ausbildung eine Weiterbildung zwingend ist. In unserer schnelllebigen Zeit kann niemand mehr, in welchem Beruf er auch steht, auf dem einst Gelernten ausruhen, weder Handwerker noch Akademiker.

Mit dem Bundesbeschluss vom 23. März 1990 hat deshalb eine bedeutende Entwicklung der Weiterbildung an den schweizerischen Hochschulen einen Anfang gefunden. Seither haben 7000 Personen an Weiterbildungsstudien, die von den Universitäten veranstaltet wurden, teilgenommen. Es ist richtig, dass die Massnahmen bis 1996 begrenzt waren. Der Bundesrat sieht nur vor, die Beiträge für die Weiterbildungsstellen, die an den Universitäten eingerichtet worden sind, bis längstens 1999, also um drei Jahre, und dazu noch degressiv, weiterzuführen. Diese Weiterbildungsstellen sind verantwortlich für die Organisation und die Durchführung aller Weiterbildungsmassnahmen an den Universitäten. Sie haben sich insgesamt sehr gut bewährt. Sie wurden von einer internationalen Expertengruppe im Hinblick auf diese Botschaft evaluiert. Diese Evaluation hat ergeben, dass eine Verlängerung der Bundeshilfe bis längstens 1999 wichtig ist, weil sie erlaubt, die Weiterbildung an unseren Hochschulen endgültig zu etablieren. Zugegeben: Die Einrichtung dieser Weiterbildungsstellen hat etwas mehr Zeit beansprucht als ursprünglich vorgesehen war. Es war schwierig, geeignetes Personal zu finden. Auch mussten Konzepte für die Arbeit dieser Stellen, die ja neu waren, in Zusammenarbeit mit vielen interessierten Kreisen der Hochschulen, der Wirtschaft und anderer Interessenten erst entwickelt werden. Es ist aber zu beachten, dass keine Beiträge mehr für Weiterbildungskurse und für Studiengänge gewährt werden. Diese sollen in Zukunft selbsttragend sein. Die CVP-Fraktion beantragt Ihnen deshalb Ablehnung des Antrages Sandoz auf Nichteintreten.

Schmid Peter (G, TG): Frau Sandoz, ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie etwas gegen Weiterbildung haben, aber Ihr Antrag kann natürlich in dem Sinne verstanden werden. Ich finde es sehr wichtig, dass wir immer wieder darauf hinweisen, dass Weiterbildung kein Luxus, sondern das Selbstverständlichste der Welt ist. Man ist schliesslich nie fertig ausgebildet. Bildung ist ein dauernder Prozess.

Ich denke, es ist darum wichtig, dass wir jetzt diese Unterstützung der Weiterbildung noch verlängern. Offenbar gibt es da in bestimmten Bereichen Schwierigkeiten. Die Weiterbildung wird ja dann zu einem späteren Zeitpunkt ohnehin von den Hochschulen selber finanziert. Gerade wenn wir dieser Weiterbildung ihren richtigen Stellenwert geben wollen, sollten wir, glaube ich, diese Überbrückung jetzt noch einmal leisten, damit dies dann im breiten Mass zum Tragen kommt.

Haering Binder Barbara (S, ZH), Berichterstatterin: Die gesamte Entwicklung von Ausbildung und Bildung zeigt einen deutlichen Trend hin zu kürzeren und modulartig aufgebauten Ausbildungsgängen; dies ist mit der Forderung nach rekurrenter Bildung, d. h. nach Weiterbildung bis ins Seniorenalter, verbunden. Diese Forderungen gelten insbesondere auch für die Ebene der Universitäten. Kürzere Grundstudien werden überall gefordert, aber sie müssen mit einem vielfältigen Weiterbildungsangebot verbunden sein.

Lassen Sie mich drei weitere Argumente zugunsten der Fortführung der universitären Weiterbildung anführen.

1. Es gibt Weiterbildungsbereiche, in welchen private Anbieterinnen und Anbieter nicht aktiv sein können, weil das Thema zwar gesellschaftlich oder wirtschaftlich wichtig, die Gruppe der anzusprechenden Personen jedoch zu klein ist, um den Entwicklungsaufwand für diese Kurse zu amortisieren. Die Beispiele liegen hier im Bereich des Bildungsmanagements, des Gesundheitswesens oder – um ein ganz anderes Beispiel zu nennen – der Museologie. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen können in diesen Bereichen keine Weiterbildungskurse auf privatwirtschaftlicher Basis angeboten werden.

2. Weiterbildungsangebote im Rahmen dieser Sondermassnahmen sind nachfrageorientiert, sie sind transparent sowie projektbezogen finanziert. Dies sind Strukturelemente, von denen ich hoffe, dass sie innerhalb der Hochschulen, innerhalb der Fakultäten ausstrahlen und Nachahmung finden werden.

3. Weiterbildungswillige erwarten von diesen Kursen mehr als Studierende im Grundstudium. Die Fakultäten benötigen deshalb eine Unterstützung, eine fachspezifische, fachdidaktische Unterstützung durch die Koordinationsstellen der universitären Weiterbildung.

Der Kostendeckungsgrad dieser Weiterbildungskurse ist von Universität zu Universität sehr verschieden. In Bern ist der Kostendeckungsgrad etwa so hoch, dass die Kosten für die Lehrverpflichtungen gedeckt werden. Die Universität Lausanne, die Sie, Madame Sandoz, natürlich am besten kennen, ist in dieser Beziehung leider kein Musterbeispiel. Ich denke, Madame Sandoz, allein die Tatsache, dass ein Beschluss einmal befristet wurde, spricht noch nicht gegen seine Verlängerung, sonst hätten Sie allenfalls auch bei der Verlängerung des Bundesbeschlusses B über Sondermassnahmen zur Förderung des akademischen Nachwuchses in den Jahren 1992 bis 1995 den gleichen Antrag stellen müssen. Im Namen der Kommission bitte ich Sie deshalb, den Antrag Sandoz abzulehnen.

Scheurer Rémy (L, NE), rapporteur: Avec la proposition Sandoz, la formation continue serait touchée, mais il est vrai qu'elle n'est pas visée par cette proposition.

Le Parlement avait voté un arrêté fédéral qui, du 1er octobre 1990 au 31 décembre 1996, instituait un subventionnement pour les cours de formation continue et pour leur administration. L'arrêté, qui arrivera à expiration à la fin de 1996, permettait donc, d'une part, de subventionner les cours de formation continue et, d'autre part, de mettre en place les services de formation continue dans les universités. Il est vrai que l'arrêté devait se terminer à cette date et qu'il devait y avoir reprise de l'ensemble par les universités. Cela n'a pas pu être fait, non pas par mauvaise volonté, mais pour des raisons financières évidentes.

Ce n'est pas par un truc ni par une entourloupe qu'on en est arrivé à la solution qui vous est proposée. Il y a réduction, maintenant, de l'engagement de la Confédération. Les cours de formation complémentaire devront, en principe, être autofinancés, et ce qui dépassera sera à la charge des universités, donc des cantons. Ce sont les services de formation qui continueront à être subventionnés de manière décroissante: 11,5 millions de francs pour la période de trois ans; 4,5 millions de francs en 1997; 4 millions de francs en 1998; 3 millions de francs en 1999. A ce moment-là, il y aura cessation de l'appui de la Confédération.

Quelles que soient les réserves faites par M^{me} Sandoz, je pense qu'il est de la compétence du Parlement de prolonger un arrêté qu'il avait décidé, même dans d'autres conditions, en 1990, et que nous pouvons prendre maintenant cette décision jusqu'à la fin de 1999. De toute manière, c'est à l'unanimité que la commission avait accepté l'arrêté fédéral C et l'arrêté fédéral D qui dépend de lui.

Je vous invite donc à repousser la proposition Sandoz.

Le président: Le groupe du Parti de la liberté soutient la proposition de non-entrée en matière Sandoz.

Sandoz Suzette (L, VD): Je ne comprends pas pourquoi M^{me} Haering Binder, tout à l'heure, s'est permis une attaque dirigée contre l'Université de Lausanne alors que nous sommes en train de parler simplement d'une procédure parlementaire de décision de prolongation ou non d'un arrêté fédéral dont nous avions prévu à l'origine qu'il ne se prolongeait pas. Je trouve la remarque de M^{me} Haering Binder parfaitement déplacée et parfaitement déloyale.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: J'ai peu de choses à ajouter à l'appui du rejet de la proposition Sandoz, sinon ceci. Nous avons procédé à une évaluation du travail des services

de formation continue dans les hautes écoles cantonales de Suisse. Nous avons évalué le rôle des services qui avaient été mis en place. Les experts arrivent à la conclusion qu'il est absolument nécessaire de soutenir les services de coordination des universités après 1996. Ils ont mis, très clairement, en valeur le rôle de ces services de formation continue qui, j'en suis persuadée, correspondent aussi à la volonté politique du Parlement. Ils permettent non seulement de cerner les besoins des publics, d'évaluer les manifestations de formation continue, de conseiller les producteurs et les consommateurs d'enseignement de formation continue, mais ils représentent, aussi, un élément de liaison important entre le monde professionnel, tourné vers la pratique, et le monde de la science, plus proche de la théorie. Ils créent donc des points de contact pour rendre possible et favoriser le transfert de savoir de l'université vers la pratique et inversement.

Nous pensons donc qu'en interrompant ce financement de façon abrupte, réduit cette fois-ci aux services de coordination, nous mettrions en danger des investissements du passé qui se retrouveraient dépourvus de sens. Certaines universités abandonneraient cette tâche, qui est reconnue de plus en plus comme une tâche fondamentale, mais qui, au fond, s'établit à un moment où les moyens cantonaux à disposition pour cet enracinement sont trop faibles. Nous agissons ainsi dans le respect d'une autre fiabilité que celle que vous avez évoquée à la tribune, celle de ce partenariat Confédération/cantons, pour la mise en place et la capacité d'assumer les tâches fondamentales dans ce domaine.

Je vous invite à nous autoriser à poursuivre ce financement; il est limité dans le temps, il est dégressif et il se concentre uniquement sur ces services centraux et non plus sur les cours qui, eux, sont autofinancés.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

80 Stimmen

Für den Antrag Sandoz

28 Stimmen

Le président: Ce vote sera également valable pour l'arrêté D.

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adoptés

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

(Ref.: 1388)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Allenspach, Aregger, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Borel François, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Cincera, Cumberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, Dettling, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Gadiant, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Hollenstein, Iten Joseph, Jeanprêtre, Jöri, Leemann, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Meyer Theo, Misteli, Nebiker, Neuenschwander, Ostermann, Perey, Philippina, Pini, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Savary, Schenk, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Tschopp, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Züger, Zwahlen, Zwygart (94)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Bortoluzzi, Dreher, Frey Walter, Friderici Charles, Gysin, Kern, Leuba, Mauch Rolf, Maurer, Müller, Reimann Maximilian, Sandoz, Scherrer Jürg (13)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Eggly, Fritschi Oscar, Narbel

(3)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aguet, Aubry, Baumberger, Bischof, Blatter, Blocher, Bodenmann, Bonny, Borer Roland, Borradori, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, de Dardel, David, Deiss, Diener, Dünki, Engler, Epiney, von Felten, Fischer-Sursee, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Heberlein, Herczog, Hess Peter, Hubacher, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Maître, Marti Werner, Maspoli, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Ruf, Rutishauser, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Singeisen, Spielmann, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschuppert Karl, Weyeneth, Wick, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis (89)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude

(1)

D. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Sondermassnahmen zugunsten der universitären Weiterbildung D. Arrêté fédéral relatif au financement des mesures spéciales en faveur de la formation continue au niveau universitaire

Antrag der Kommission

Eintreten

Antrag Sandoz

Nichteintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Proposition Sandoz

Ne pas entrer en matière

Le président: L'entrée en matière est adoptée à la suite du rejet de la proposition Sandoz à l'arrêté C.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

(Ref.: 1389)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Allenspach, Aregger, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Borel François, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Bundi,

Bürgi, Carobbio, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, Dettling, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fritschi Oscar, Gadiant, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Hollenstein, Iten Joseph, Jeanprêtre, Leemann, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Meyer Theo, Misteli, Nebiker, Ostermann, Perey, Philipona, Pini, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruffy, Rythen, Savary, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Stucky, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wittenwiler, Wyss William, Züger, Zwahlen, Zwygart (95)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Bortoluzzi, Dreher, Frey Walter, Friderici Charles, Kern, Mauch Rolf, Maurer, Sandoz, Scherrer Jürg (9)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Eggly, Leuba, Narbel (3)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aguet, Aubry, Baumberger, Bischof, Blatter, Blocher, Bodenmann, Bonny, Borer Roland, Borradori, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, de Dardel, David, Deiss, Diener, Dünki, Engler, Epiney, von Felten, Fischer-Sursee, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Heberlein, Herczog, Hess Peter, Hubacher, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Nabholz, Neuenschwander, Oehler, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Ruf, Rutishauser, Schenk, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Singeisen, Spielmann, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Steffen, Steinemann, Strahm Rudolf, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis (92)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude (1)

E. Bundesbeschluss über die Kredite für die Institutionen der Forschungsförderung in den Jahren 1996–1999

E. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués pendant la période 1996–1999 aux institutions chargées d'encourager la recherche

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1–4

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates*

Titre et préambule, art. 1–4

*Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

*Vote sur l'ensemble, par appel nominal
(Ref.: 1390)*

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Allenspach, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Borel François, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Carobbio, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, Deiss, Dettling, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Gadiant, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Hollenstein, Iten Joseph, Jeanprêtre, Kern, Leemann, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Mauch Rolf, Maurer, Meyer Theo, Misteli, Narbel, Nebiker, Ostermann, Perey, Philipona, Pini, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruffy, Rythen, Sandoz, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Spoerry, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Stucky, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Weder Hansjürg, Wick, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen, Zwygart (109)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Dreher (1)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aregger, Aubry, Baumberger, Béguelin, Bischof, Blatter, Blocher, Bodenmann, Bonny, Borer Roland, Borradori, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, de Dardel, David, Diener, Dünki, Engler, von Felten, Fischer-Sursee, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gysin, Heberlein, Herczog, Hess Peter, Hubacher, Jaeger, Jäggi Paul, Jenni Peter, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Nabholz, Neuenschwander, Oehler, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Ruf, Rutishauser, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Singeisen, Spielmann, Stalder, Stamm Judith, Steffen, Steinemann, Strahm Rudolf, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Wanner, Weyeneth, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis (89)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude (1)

F. Bundesbeschluss über die Kredite für die Schwerpunktprogramme der Forschung in den Jahren 1996–1999
F. Arrêté fédéral relatif aux crédits alloués pour les programmes prioritaires de recherche pendant la période 1996–1999

Haering Binder Barbara (S, ZH), Berichterstatterin: Der Bundesbeschluss F bildete den klaren Schwerpunkt unserer Detailberatung.

Wie ich Ihnen bereits im Rahmen der Eintretensdebatte erklärt habe, wurden die Schwerpunktprogramme vor vier Jahren neu als Instrument der Förderung der orientierten Forschung eingeführt. In seinem Zusatzbericht zur Botschaft definiert das EDI die Zielsetzungen der Schwerpunktprogramme abstrakt wie folgt:

1. Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz zur Förderung von Forschungsgebieten, die für die wirtschaftliche, industrielle oder gesellschaftliche Entwicklung des Landes von besonderer Bedeutung sind;
2. nachhaltige Wirkung auf Strukturen von Lehre und Forschung an den Hochschulen;

3. Vorbereitung, Unterstützung und Begleitung der Schweizer Forscher und Forscherinnen bei ihrer Teilnahme an den europäischen Forschungsprogrammen.

Die laufenden Schwerpunktprogramme sind technologischen Schlüsselthemen und der Umwelt gewidmet. Ihre Titel lauten: Leistungselektronik, Systemtechnik und Informationstechnologie; optische Wissenschaften, Anwendungen und Technologien; Werkstoffforschung; Umwelttechnologie und Umweltforschung; Biotechnologie; Informatik. Die ersten drei dieser Schwerpunktprogramme werden durch den ETH-Rat, die anderen drei durch den Schweizerischen Nationalfonds geleitet. Sie mögen sich erinnern – das Votum von Herrn Schmid Peter in der Eintretensdebatte hat daran angeknüpft –: Als wir vor vier Jahren die Schwerpunktprogramme neu einführen, standen zwei Fragen im Zentrum der Diskussion. Zum einen kürzte der Ständerat die vorgesehenen Mittel für das Schwerpunktprogramm Biotechnologie und stockte beim Programm Umwelttechnologie und Umweltforschung auf, und der Nationalrat folgte ihm in dieser Prioritätensetzung; zum anderen wurde sowohl im Ständerat wie auch im Nationalrat kritisiert, dass sich diese Schwerpunktprogramme ausschliesslich auf technologische und naturwissenschaftliche Fragestellungen beschränkten. Die Sozial- und Geisteswissenschaften gingen leer aus. Entsprechende Umverteilungsanträge wurden aber abgelehnt; dies nicht zuletzt, weil die Sozial- und Geisteswissenschaften zu jenem Zeitpunkt selber keinen konkreten Programmvorschlag vorlegen konnten.

Diese Parlamentsdebatte löste jedoch intensive Diskussionen innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften aus. Es folgte die internationale Evaluation der Sozialwissenschaften, initiiert durch den Wissenschaftsrat und mit einem deplorablem Ergebnis für den Stand der Sozialwissenschaften in der Schweiz.

Die Situation heute: Mit dieser Botschaft wird uns mitgeteilt, dass das Schwerpunktprogramm Lesit seine Ziele erreicht habe. Gleichzeitig werden uns zwei neue Schwerpunktprogramme vorgeschlagen: Zum einen eine Art Fortsetzung von Lesit im Rahmen des neuen Schwerpunktprogramms Mikro- und Nanosystemtechnik – den Kurznamen haben Sie bereits in der Eintretensdebatte erfahren; er lautet Minast –; zum anderen das sozialwissenschaftliche Schwerpunktprogramm mit dem breitgefassten Titel «Zukunft Schweiz». Beide Programme entsprechen ausgewiesenen Bedürfnissen des Forschungs- und Arbeitsplatzes Schweiz. Spitzentechnologie zum einen, und zum anderen endlich auch eine Prioritätensetzung bei den Sozialwissenschaften.

Wir können nicht nur Spitzentechnologien entwickeln. Wir müssen als Gesellschaft auch wissen, wie wir mit ihnen umgehen, wie wir sie zum Nutzen aller einsetzen, wo die Grenzen ihrer Anwendung liegen – zusammengefasst: wie wir die Zukunft unseres Landes sehen. Soweit, so gut. Die Crux dieser Vorlage liegt in der Diskrepanz zwischen den Buchstaben und den Zahlen. Sowohl der ETH-Rat wie auch der Nationalfonds haben mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die vom Bundesrat in letzter Minute durchgeführten Kürzungen die Durchführung der Schwerpunktprogramme in der Form und in dem Sinn, wie dies in der Botschaft vorgeschlagen wird, verunmöglichen.

Die Mehrheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur beantragt Ihnen deshalb, diese Kredite wieder auf den ursprünglich vom EDI beantragten Beitrag zu erhöhen, das heisst 149 Millionen Franken für die Schwerpunktprogramme, die vom Nationalfonds koordiniert werden, 146 Millionen Franken für die Schwerpunktprogramme, die unter dem ETH-Rat laufen, abzüglich unseres Beitrages an die EU-Forschungsprogramme.

Diese Anträge kamen allerdings mit unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen zustande. Ich denke, die Tatsache, dass die Erhöhung der Kredite für die Schwerpunktprogramme des Nationalfonds lediglich mit meinem Stichentscheid beantragt wird, ist ein Indiz dafür, dass der Nutzen der Sozialwissenschaft für die Zukunft der Schweiz als weniger hoch eingeschätzt wird als derjenige der Spitzentechnologie. Ich bedaure dies ausserordentlich, denn ich denke, wir können uns nicht beklagen, dass die schweizerischen Sozialwissenschaften

nicht den notwendigen und relevanten Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs leisten und ihnen gleichzeitig die dazu notwendigen Mittel immer wieder vorenthalten.

Ich bitte Sie deshalb eindringlich und im Namen einer klaren Kommissionsmehrheit, den Antrag der Minderheit II (Fehr) auf Streichung des Schwerpunktprogramms «Zukunft Schweiz» abzulehnen. Ich möchte präzisieren: Selbst wenn Sie – oder einige von Ihnen – der von der Kommission beantragten Erhöhung der Kredite für die vom Nationalfonds geführten Schwerpunktprogramme nicht zustimmen können, ist es ausserordentlich wichtig, dass wir hier gemeinsam die Bedeutung der Schwerpunktförderung im Bereich der Sozialwissenschaften unterstreichen.

Scheurer Rémy (L, NE), rapporteur: Les programmes prioritaires ont été lancés en 1991 «pour soutenir de manière ciblée les domaines de recherche qui revêtent une importance stratégique pour le développement de l'économie, de la société et de l'industrie.»

A la différence des programmes nationaux de recherche, dont les thèmes sont choisis par le Conseil fédéral et dont le montant correspond à 12 pour cent des crédits du Fonds national suisse de la recherche scientifique, les thèmes des programmes prioritaires sont soumis à l'approbation du Parlement, qui décide ainsi plus souplement des montants qui leur sont affectés. Et c'est sur les programmes prioritaires que l'influence du Parlement est la plus grande. Les programmes prioritaires sont en quelque sorte les enfants du Parlement.

C'est ainsi que la proposition d'une vaste recherche en sciences sociales a été demandée à plusieurs reprises, et que nous est en conséquence soumis un programme prioritaire nouveau intitulé «Demain la Suisse», un programme qui s'ajoutera aux programmes prioritaires gérés par le Fonds national. Un autre programme, appelons-le Minast, viendra s'ajouter aux programmes gérés par le Conseil des écoles polytechniques fédérales. Le but de ce programme est de réunir dans un grand effort commun les laboratoires de recherche des écoles polytechniques, des universités, d'une école d'ingénieurs et des industries, généralement de l'industrie des machines, afin de conserver l'avance scientifique et technologique acquise dans le domaine des microtechniques, et afin de progresser dans la maîtrise d'autres profondeurs des subdivisions du millimètre.

Comme vous le savez, les programmes prioritaires acceptés par le Parlement lors de la précédente période de quatre ans ont subi au fil des budgets des réductions sensibles. Nous avons soumis les chercheurs à un régime que l'on appelle quelquefois de «stop-and-go», mais qui, dans les faits, est un régime de «go-and-stop», un régime fort peu stimulant! On ne saurait restreindre davantage les dotations des programmes prioritaires en cours.

De même, les deux nouveaux programmes «Demain la Suisse» et microtechnique et nanoscience (Minast) ont connu, entre l'achèvement des plans d'exécution et la fin de l'année dernière, des réductions sensibles: au niveau du Département fédéral de l'intérieur d'abord, puis manifestation trop profonde au niveau du Conseil fédéral, ce dernier ayant ramené de 149 à 123 millions de francs l'ensemble des programmes prioritaires relevant du Fonds national, y compris «Demain la Suisse», et de 146 à 110 millions de francs l'ensemble des programmes prioritaires relevant du Conseil des écoles polytechniques fédérales, y compris Minast.

Alors, avisés de ces nouvelles coupes dans des programmes qui n'auraient plus alors de prioritaire que le nom, ni le Fonds national ni le Conseil des écoles polytechniques fédérales n'ont pu encore trouver une adaptation satisfaisante des programmes envisagés aux crédits proposés. Je vous rappelle que, selon le Conseil fédéral lui-même, les programmes prioritaires revêtent une importance stratégique pour le développement de l'économie de la société et de l'industrie. Or, nous sommes de toute évidence ici dans une situation où les moyens accordés ne permettent plus la réalisation des buts assignés.

Dans les textes que nous avons déjà examinés et dans ceux qu'il nous reste à étudier, il existe certes une certaine contra-

diction entre les buts et les moyens, une contradiction gênante pour la logique de la pensée, mais en toute dernière analyse tolérable, parce qu'il faut tout de même accepter des sacrifices au nom des économies à réaliser et parce qu'il existe parfois d'autres sources de financement que celles données par la Confédération.

Mais ici, dans le cas particulier de l'arrêté F, pour la majorité de la commission, la contradiction est excessive parce qu'elle empêche la réalisation au niveau stratégique des programmes prioritaires. Il est vrai que c'est du bout des lèvres que la majorité de la commission vous demande, à l'article 1er alinéa 1er, de revenir au montant déjà réduit de 149 millions de francs, mais c'est d'une voix ferme qu'elle vous demande de revenir, à l'article 2, au montant de 146 millions de francs, puisque cette proposition a été acceptée par 13 voix contre 4 en commission.

En effet, le programme Minast est de première importance pour le maintien de la Suisse dans le peloton de tête de la recherche et de l'industrie dans divers champs de la microtechnique. Pratiquement, Minast est un programme exemplaire au plan de la coopération entre les hautes écoles et l'industrie. Toutes les universités de Suisse, les deux écoles polytechniques et certaines de leurs «Annexanstalten», d'autres établissements suisses et étrangers vont travailler avec 93 entreprises suisses et quelques entreprises étrangères. C'est, à ma connaissance, le programme de collaboration entre universités et entreprises le plus vaste qui ait été mis sur pied en Suisse et un programme qui promet un transfert de technologies dans toute la mesure souhaitée.

A un apport financier de la Confédération qui sera de l'ordre de 70 millions de francs pour quatre ans sur un crédit total de 146 millions de francs correspond pour la même durée – cela a déjà été dit par des orateurs, en particulier par M. Chevallaz – un apport industriel de 139 millions de francs. Cela veut dire que le programme Minast n'est pas une construction issue de l'élucubration d'une discussion entre le professeur Tournesol et le docteur Cosinus. C'est un projet auquel les chefs d'entreprises croient, dans lequel ils ont confiance au point d'y mettre pratiquement deux fois plus d'argent que la Confédération. Plusieurs d'entre nous ont déploré le manque de collaboration entre les universités et les entreprises. Nous sommes devant un exemple de collaboration remarquable, et il serait grave de décourager à la fois des chercheurs de renommée mondiale et, souvent, nos entrepreneurs les plus dynamiques.

Enfin, Minast est élaboré jusque dans les détails du plan d'exécution. Il faut voir le plan d'exécution: c'est un volume qui montre dans le détail que les équipes de recherche – universités, écoles polytechniques, industries – sont aujourd'hui dans les starting-blocks, et que si elles devaient démarrer dans 10 jours, elles partiraient dans 10 jours, si elles doivent démarrer dans 6 mois, eh bien, c'est fini.

Retrancher quelques dizaine de millions de francs, ce serait porter atteinte à la confiance, mais ce serait aussi retarder de plusieurs mois la mise en place d'un nouveau programme qui n'aurait plus rien de stratégique, car plusieurs mois c'est beaucoup, c'est beaucoup trop dans un secteur qui évolue aussi vite que celui des microtechniques et de la nanoscience.

Il a été question souvent et beaucoup de revitalisation dans cet hémicycle. Or, Minast est un élément privilégié de la revitalisation. La recherche et l'industrie des microtechniques ne doivent pas être ralenties au moment où la concurrence les oblige au contraire à accélérer.

Je reprendrai la parole au sujet des propositions de minorité, mais au nom de la majorité de la commission, je vous recommande de voter 149 millions de francs à l'article 1er alinéa 1er pour les programmes qui dépendent du Fonds national suisse de la recherche scientifique, et, au nom de la majorité de la commission, je vous invite à vous rallier à la proposition d'un crédit de 146 millions de francs à l'article 2, non pas à vous rallier à la majorité de la commission contre le Conseil fédéral, mais au-delà du Conseil fédéral, à faire un geste qui, après un soutien étale aux universités et à la recherche en général, soit un geste politique marquant une priorité raisonnable.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

.... 149 Millionen

Minderheit I

(Grossenbacher, Chevallaz, Cornaz, Fehr, Gadiant, Hildbrand, Kern, Mühlemann, Schnider, Wittenwiler)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit II

(Fehr, Cornaz, Kern, Wittenwiler)

.... Informations- und Kommunikationsstrukturen, deren Durchführung dem Schweizerischen Nationalfonds («Zukunft Schweiz» streichen)

Minderheit III

(Schmid Peter, Brügger Cyrill, Fasel, Haering Binder, Maeder, Ostermann, Steiger Hans)

.... wird für die Jahre 1996–1999 ein Höchstbetrag von 149 Millionen Franken bewilligt, wovon 53 Millionen Franken auf das SPP Umwelt (eingeschlossen die Module «Umwelt und Gesundheit» und «Natur und Landschaft») und 35 Millionen Franken auf das SPP «Zukunft Schweiz» entfallen.

Abs. 2

Mehrheit

.... auf 130 Millionen Franken.

Minderheit

(Grossenbacher, Chevallaz, Cornaz, Fehr, Gadiant, Hildbrand, Kern, Mühlemann, Schnider, Wittenwiler)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

.... 149 millions

Minorité I

(Grossenbacher, Chevallaz, Cornaz, Fehr, Gadiant, Hildbrand, Kern, Mühlemann, Schnider, Wittenwiler)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité II

(Fehr, Cornaz, Kern, Wittenwiler)

.... et de communication, dont la réalisation est confiée au Fonds national (Biffer «Demain la Suisse»)

Minorité III

(Schmid Peter, Brügger Cyrill, Fasel, Haering Binder, Maeder, Ostermann, Steiger Hans)

.... la recherche scientifique. 53 millions de francs sont consacrés au PP Environnement (y compris les modules «Environnement et Santé» et «Nature et Paysage») et 35 millions de francs au PP «Demain la Suisse».

Al. 2

Majorité

.... à 130 millions

Minorité

(Grossenbacher, Chevallaz, Cornaz, Fehr, Gadiant, Hildbrand, Kern, Mühlemann, Schnider, Wittenwiler)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Grossenbacher Ruth (C, SO), Sprecherin der Minderheit I:
So wünschenswert eine Aufstockung für die Forschung wäre, so müssen wir doch als Parlament auch hier auf die – gelinde

gesagt – schlechte Finanzlage des Bundes Rücksicht nehmen. Jede Kommission in unserem Rat hat in bezug auf Finanzfragen Verantwortung zu übernehmen und einen Beitrag zur Finanzlage des Bundes zu leisten. Wir dürfen die Finanzfrage nicht einfach der Finanzkommission und Herrn Bundesrat Stich überlassen.

Deshalb unterstützen wir den Antrag der Minderheit I und des Bundesrates und bewilligen einen Höchstbeitrag von 123 Millionen Franken für die Jahre 1996 bis 1999. Wir verzichten auf die Erhöhung um 26 Millionen Franken, wie sie die Mehrheit der Kommission will.

Wir meinen, obwohl wir die Bedeutung der Schwerpunktprogramme anerkennen, dass 6,5 Millionen Franken im Jahr verkraftbar sind. Denn wir sind überzeugt, dass alle Programme, die in der Botschaft aufgeführt sind, trotzdem durchgeführt werden können, wenn auch vielleicht in etwas reduzierter Form. Zudem könnte durch eine Zusammenarbeit zwischen Schwerpunktprogrammen und verwandten Programmen des Nationalfonds Synergien gewonnen werden. Ich denke da an das Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz» und das Forschungsprogramm des Nationalfonds «Grundlagen der schweizerischen Aussenpolitik», für das immerhin 16 Millionen Franken zur Verfügung stehen.

Ich will in der heutigen Finanzsituation lieber eine realistische finanzielle Planung vornehmen, als eine Situation herbeiführen, in der im Budget die jetzt gesprochenen Mittel gestrichen würden. Es hat keinen Sinn, und wir leisten niemandem einen Dienst, wenn wir falsche Hoffnungen wecken, die später zu Frustrationen führen. Es gibt in der Forschung nichts Schlimmeres, als mit grossem Einsatz Angefangenes plötzlich abbrechen zu müssen. Bleiben wir deshalb auf dem Boden der Realität.

Ich bitte Sie deshalb, betreffend Artikel 1 Absatz 1 und Absatz 2 den Antrag des Bundesrates und der Minderheit I (Grossenbacher) bzw. der Minderheit (Grossenbacher) anzunehmen. Die CVP-Fraktion wird dies auch tun.

Zum Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz»: Was will «Zukunft Schweiz»? Dieses Projekt will eine Analyse zur Lage unseres Landes, zur Befindlichkeit unseres demokratischen Systems vornehmen. Es soll untersucht werden, ob und wie sich z. B. unsere Werte geändert haben. Kurz: Es wird der Frage nachgegangen, wer wir sind und was wir wollen.

Ich bin fest überzeugt, dass diese Standortbestimmung nötig und wichtig ist. Es geht ja wesentlich darum, wie wir künftig mit unseren Veränderungsprozessen gesellschaftlich und sozialpolitisch umgehen. Auch Industrielle betonen, dass rein technisches Know-how für die Produktion nicht genügt, sondern dass es auch wichtig ist, wie man Produkte herstellt; also die sozialpolitische Dimension in der Produktion.

Ich muss darauf hinweisen, dass drei Viertel der Forschungsgelder durch die private Wirtschaft aufgebracht werden. Davon erhalten die Sozialwissenschaften nichts. Diese sind auf öffentliche und staatliche Unterstützung angewiesen. Wenn wir die Forschung nicht unterstützen, ist auch die Ausbildung gefährdet.

Das «Unternehmen Schweiz» braucht – wie jedes seriös geführte Privatunternehmen – eine professionelle Zukunftsplanung. Denn ein Land, ein Volk ohne Vision hat wenig Zukunft. Die CVP-Fraktion wird aus diesen Gründen den Streichungsantrag der Minderheit II (Fehr) und den Antrag der Minderheit III (Schmid Peter) ablehnen. Ich bitte Sie, das auch zu tun. Wir meinen, dass der Bundesrat innerhalb der Schwerpunktprogramme bestimmen soll, wo die Schwerpunkte zu setzen sind.

Noch zu Artikel 2, wo die Kommission ebenfalls eine Aufstockung verlangt: Es geht dabei um das Schwerpunktprogramm Mikro- und Nanosystemtechnik (SPP Minast). Kollege Scheurer Rémy hat dies sehr gut dargestellt. Wir müssen auch hier beifügen, dass gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, die in unserem Land so wichtig sind und drei Viertel unserer Unternehmen ausmachen, von diesem Projekt sehr profitieren können. In der Schweiz haben wir im Bereich der Mikro- und Nanotechnik eine sehr gute, im Bereich der Nanotechnik sogar eine weltweit führende Stellung. Das gilt aber nur für die Wissenschaft, leider nicht für die Industrie. Mit diesem SPP Minast

könnte die Industrie eine Aufwertung erfahren. Deshalb braucht die Schweiz den Einstieg in die Nanotechnologie. Wenn sie dies verpasst, wäre dies, um mit den Worten von Staatssekretär Ursprung zu sprechen, für unser Land eine «Megapanne».

Ich bitte Sie deshalb, bei Artikel 2 der von der Kommission beantragten Aufstockung zuzustimmen.

Fehr Lisbeth (V, ZH), Sprecherin der Minderheit II: Was will die Minderheit II? Wir möchten das neue Schwerpunktprogramm «Demain la Suisse» streichen oder bis zu einem späteren Zeitpunkt sistieren, bis wir es uns finanziell leisten können. Interpretieren Sie das bitte nicht so, dass wir uns einem solch hehren Gedanken einer «Zukunft Schweiz» verschliessen würden! Ich habe, Herr Scheurer Rémy, nicht die Soziologen im Visier, beileibe nicht! Unsere Überlegungen gehen in eine ganz andere Richtung.

Bekanntlich hat der Bundesrat angesichts dringend notwendiger Sparanstrengungen den Finanzrahmen für diese Programme in einer weiteren Runde nochmals gekürzt. Wir haben vermehrte Kürzungen von ihm verlangt, und da sind sie nun. Nach dieser Decke sollten wir uns strecken. Es sind sieben Programme vorgesehen, fünf davon laufen bereits, und diese werden als ausgezeichnet taxiert. Der Wissenschaftsrat hat eine Evaluationsgruppe, bestehend aus internationalen Experten, eingesetzt, die ebenfalls bestätigen, dass die bisher erzielten Resultate von hoher Qualität seien.

Mit Blick auf die nochmalige Kürzungsrunde weist nun aber der Nationalfonds auf negative Konsequenzen hin: Die Durchführung aller sieben Schwerpunktprogramme sei bei diesem Finanzrahmen schlicht nicht in befriedigendem Masse möglich. Die bisherigen Programme würden vor grosse Schwierigkeiten gestellt. Ein eventueller Abbruch laufender Programme wäre zudem auch mit hohen wissenschaftlichen Kosten verbunden, und die bereits getätigten Investitionen würden zum Teil zunichte gemacht, kurz: Wir werden vor die Wahl gestellt, ob wir sieben Projekte unbefriedigend durchführen oder zugunsten der bisherigen auf ein oder zwei der zusätzlichen Programme verzichten wollen.

Es scheint mir eine einfache Milchbüchleinrechnung: Qualität vor Quantität. Ich wiederhole: Auch der Nationalfonds empfindet im Falle eines Verzichts auf Aufstockung, lieber nur drei der vier Nationalfondsprogramme durchzuführen, damit die wissenschaftliche Qualität weiterhin erhalten bleibt. Wir müssen uns vermutlich in den kommenden Jahren auf eine weitere Verknappung der Mittel einstellen, und wir sollten dabei zwei Punkte berücksichtigen:

1. Ich habe es schon beim Eintreten gesagt: Wir sind gezwungen, Nötiges von Wünschbarem zu trennen.

2. Wir sollten uns endlich von dieser Stop-and-go-Politik lösen. Sie sei die ineffizienteste Art der Forschungsförderung, teilt uns der Nationalfonds übrigens mit Recht mit. Ohne minimale finanzielle Garantie im Sinne unumstösslicher, mehrjähriger Verpflichtungskredite mache ein Programm keinen Sinn. Das Ziel werde verfehlt, und es blieben Dutzende von Schweizer Wissenschaftlern auf der Strecke, die sich mit Elan einem Projekt verpflichtet hätten und trotz positivem Programmverlauf nun feststellen müssten, dass sie in eine Sackgasse geraten seien.

«Demain la Suisse» ist nun ein neues Programm, leider ein sozialwissenschaftliches Programm. Es wird gesagt, es sei unverzichtbar, weil es das Forschungspotential der Sozialwissenschaften verbessere und institutionell absichere. Geplant sind sechs sicherlich interessante Module, von der Schweiz im internationalen Umfeld bis hin zum Wertewandel zur Individualisierung unserer Gesellschaft.

Man stellt jetzt in Aussicht, allenfalls nur drei Module durchzuführen. Aber dieselben Instanzen weisen auf die Interdisziplinarität als besonders gewichtiges Charakteristikum hin. Das Programm, das in der ersten Periode auf 35 Millionen Franken zu stehen kommt, ist auf eine Gesamtdauer von acht bis maximal zwölf Jahre angelegt. Demzufolge geht es heute um eine Verpflichtung, die uns über Jahre hinaus in die Verantwortung nimmt. Auch ohne Programm bestünde durchaus die Möglichkeit, den gesamten Fragenkomplex rund um dieses

Thema weiterhin im Rahmen bestehender Forschungstraditionen und bereits vorhandenem Wissen aufzubauen. Zu bedeutsamen Ergebnissen würde man auch so gelangen.

Im Gegensatz dazu würde ich auf das zweite neue Programm in der ETH-Reihe, das Programm Minast, nicht verzichten. Auch in bezug auf unsere finanzielle Krise nicht. Warum? Es ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz im allgemeinen und für die Zusammenarbeit mit den in der ganzen Schweiz verteilten etwa hundert Klein- und Mittelbetrieben im besonderen sehr bedeutsam. Minast ist Teil des geforderten und längst fälligen Revitalisierungsprogramms und deshalb unverzichtbar.

Der vom Bundesrat gekürzte Kreditrahmen reicht nicht dafür aus, alle sieben Programme mit der nötigen Sorgfalt durchzuführen. Zugunsten der bereits laufenden, qualitativ hochstehenden Programme und dem speziell für die Wirtschaft und deren Arbeitsplätze interessanten Minast-Programm sollte auf «Demain la Suisse» verzichtet werden. Nochmals: Qualität vor Quantität. Einer Aufstockung darf aus finanzpolitischen Gründen nicht zugestimmt werden. Der Antrag der Minderheit II dient lediglich dazu, die übrigen Programme mit dem gekürzten Kredit auf einem notwendigen Niveau verantwortungsvoll weiterführen zu können.

In diesem Sinn bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit II zuzustimmen.

Schmid Peter (G, TG), Sprecher der Minderheit III: Der Antrag der Minderheit III ist die logische Konsequenz aus den Prioritäten, von denen ich im Eintretensvotum gesprochen habe.

Bei den vorliegenden Krediten für die Hochschul- und Forschungsförderung haben wir ein eindeutiges Schwergewicht im naturwissenschaftlichen Bereich. Das rührt daher, dass Wissenschaft und Forschung gleichsam von unten her, von der Technologie, dem Wunsch nach technischer Umsetzung von Erkenntnissen, bestimmt werden. Die angewandte Forschung überwiegt daher immer wieder die Grundlagenforschung. Die Wissenschaft konzentriert sich auf das, was greif- und messbar ist, und die Bildung wird insbesondere in jenen Sparten unterstützt, die den Nachwuchs für diese Art von Verfügbarmachen der Wissenschaft und Forschung sicherstellt.

Für die sogenannten exakten Wissenschaften, welche physikalische, chemische oder biologische Prozesse untersuchen, ist es nicht die Regel, dass man die Frage nach dem Sinn und den Konsequenzen des Erforschten stellt. Vielmehr trachtet man danach, die neuen Erkenntnisse sofort umzusetzen und für irgendwelche Zwecke nutzbar zu machen.

Leider stelle ich fest, dass offenbar auch Politikerinnen und Politiker nur das für förderungswürdig halten, was sich irgendwann später in klingender Münze auszahlen wird, oft zum Nachteil des Ganzen, statt die Forschungsaktivität auch aus kritischer Distanz und von der Sinnfrage her zu würdigen. Derweil müssten uns gerade auch jene Zweige der Wissenschaft ein Anliegen sein, in denen man nicht nur darauf aus ist, zu machen, was machbar ist, sondern sich fragt, was wünschbar und was zu verantworten ist.

Es kann in der Wissenschaft nicht nur darum gehen, geschickte Überlegungen anzustellen, wie wir die Natur noch besser zu unserem Vorteil verfügbar machen können. Ebenso wichtig ist es, zu fragen, was der menschlichen Natur gemäss ist, wessen der Mensch wirklich bedarf. Was hilft es uns Menschen eigentlich, wenn wir das Leben mit allen Raffinessen der medizinischen Wissenschaft verlängern und uns nicht darüber Gedanken machen, was denn dieses Leben wirklich lebenswert macht? Ist es denn nicht Leichtsinns, sich nur darauf zu konzentrieren, was wir mit den Mitteln des scharfen Intellekts alles auszurichten vermögen, und dabei nicht mehr zu bemerken, was wir damit anrichten?

Sehen Sie, um solche zentralen Fragen und Anliegen geht es im Schwerpunktprogramm «Umwelt» und im Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz», die wir neben den stark bevorzugten naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen auch vermehrt zum Zuge kommen lassen wollen.

Dabei ist es nicht so, dass wir in den anderen Bereichen Abstriche vornehmen. Deshalb unterstützen wir ja gleichzeitig den Antrag der Kommissionsmehrheit auf eine Aufstockung auf 149 Millionen Franken, womit wir lediglich eine mittlere

Grösse zwischen den Anträgen des Nationalfonds (von 177,2 Millionen) und des Bundesrates (von 123 Millionen) wählen.

Wir dürfen zudem nicht vergessen, dass in der Beitragsperiode 1992 bis 1995 für die Schwerpunktprogramme einmal 357 Millionen bewilligt worden waren, der Betrag aber schon damals um 60 Prozent gekürzt wurde. Zudem wird auch jetzt der Gesamtbetrag im Falle einer Beteiligung am EU-Forschungsprogramm gesamthaft noch einmal gekürzt, wovon alle Schwerpunktprogramme betroffen sind. Allerdings trifft es unsere favorisierten Anliegen etwas weniger stark als die Anliegen des Bundesrates.

Ich erwähne noch kurz diese beiden Beträge. Sie sehen, wir haben 53 Millionen beim Schwerpunktprogramm «Umwelt» eingesetzt. Das ist der Vorschlag der zuständigen Expertenkommission des Nationalfonds. Dieses Geld ist nötig, um allen ausgewiesenen Bedürfnissen wenigstens in einem minimalen Umfang Rechnung zu tragen, auch den beiden neuen Modulen «Umwelt und Gesundheit» und «Natur und Landschaft».

Dann die 35 Millionen Franken für das Projekt «Zukunft Schweiz»: Auch das ist ein Kreditbegehren des Schweizerischen Nationalfonds und betrifft die Zeit zwischen 1996 und 1999. Ich glaube, es ist wichtig – da möchte ich Frau Grossenbacher entgegenen, die gesagt hat, dass wir das dem Bundesrat überlassen sollen, der das verteilen soll – Gerade hier haben wir die Möglichkeit, Prioritäten zu setzen, hier ist das Parlament gefragt, und diese Verantwortung sollen wir auch wahrnehmen.

Zu Frau Fehr: Ich glaube, etwas wird jetzt klar geworden sein: Es ist meines Erachtens nicht gut, wenn wir diese Bereiche der Geistes- und Sozialwissenschaften immer hintanstellen, sobald das Geld etwas knapp wird. Die Frage nach dem Sinn und Ziel, das Wozu und das Wohin, ist etwas sehr Grundlegendes, das eigentlich den gesamten Forschungsbetrieb immer begleiten sollte.

Von mir aus meine ich, man könnte dann in spezifischen Forschungsbereichen noch kürzen, bevor wir uns davon dispensieren, immer wieder die Sinnfrage zu stellen. Das wäre sonst gerade so, als ob wir bei den Wegweisern sparen und dafür die Um- und Irrwege in Kauf nehmen würden, die sich daraus ergeben.

Ich möchte Sie im Namen der Minderheit III bitten, dem Schwerpunktprogramm «Umwelt» und dem Projekt «Zukunft Schweiz» das ihnen gebührende Gewicht zu geben.

Unterstützen Sie deshalb den Antrag der Minderheit III.

Jeanprêtre Francine (S, VD): Le groupe socialiste soutient les montants tels que prévus par la majorité de la commission, à savoir 149 millions de francs consacrés aux programmes prioritaires confiés au Fonds national suisse de la recherche scientifique, et 146 millions de francs pour les programmes confiés au Conseil des EPF. L'argumentation est la même pour les articles 1er et 2.

Il s'agit ici de dépenses d'investissements pour notre avenir. Certes, le Conseil fédéral a pris la décision de réduire les crédits au seul endroit où il en avait la possibilité, mais ce choix reste malheureux. Il faut savoir qu'il n'est pas possible de transférer au plan financier et comptable des moyens d'autres rubriques budgétaires vers les programmes prioritaires pour assurer la réalisation de toute la série.

Des explications que nous avons reçues en commission par les responsables des hautes écoles, il ressort que des compressions maximales ont été faites sur les programmes prioritaires, au-delà desquels il n'est plus possible d'aller sans perdre de la crédibilité. Pour prendre des exemples, il est prévu de diminuer de 50 pour cent le programme «Optique», de 30 pour cent le programme «Matériaux» et de 30 à 35 pour cent le programme Minast.

Le programme «Optique» qui a démarré en 1993 et qui a déjà porté ses fruits ne supporterait éventuellement qu'une diminution d'une année, soit jusqu'en 1999. En reportant le programme «Matériaux» qui devrait démarrer maintenant, on violerait le critère de la continuité et on favoriserait le stop-and-go qui est critiqué et critiquable. Si Minast est reporté de deux ou

trois ans, cela représente la mort du programme parce que, dans ce domaine, la Suisse a encore une avance de deux à trois ans. Si ce programme est repoussé les industriels vont se désintéresser, les chercheurs répondront à d'autres offres. Suivre le projet du Conseil fédéral correspond dans tous les cas soit à un gaspillage de moyens et des efforts préalablement consentis, soit à une perte de crédibilité de l'Etat en tant que partenaire des milieux industriels dans le contexte de l'encouragement à la recherche.

Quant au programme «Demain la Suisse», pour prendre un exemple qui va à l'inverse de la technicité des autres programmes, pourquoi n'aurait-il pas sa raison d'être dans un temps où les mutations sociales importantes que nous vivons, où les approches fines des données sociopolitiques que nous devons avoir sur l'état de notre pays pour mieux en appréhender l'évolution ne pourraient que nous aider dans la prise de décision? Nous avons pris un retard important en sciences humaines qu'il faut combler et l'on voit mal qui d'autre que l'Etat en ce moment, même s'il est aussi à l'aise financièrement que l'industrie chimique, investirait dans ce programme d'intérêt public.

Dans les décisions que nous devons prendre, nous ne pouvons opposer la société à la technologie au travers de deux nouveaux programmes hautement intéressants. La question essentielle que nous devons nous poser est celle-ci: voulons-nous pratiquer la cohérence entre notre discours politique, qui tient la recherche en haute estime, et la modicité de nos actes? S'il existe une inadéquation dans le message du Conseil fédéral entre les buts économiques et sociaux assimilés à la recherche et les moyens qui lui sont octroyés, c'est à nous de rétablir l'équilibre.

Certes, l'état des finances fédérales est source de préoccupations et les dépenses de fonctionnement doivent être soumises à la critique, mais ici nous sommes en présence de dépenses d'investissements pour l'avenir, pour notre avenir, et même de dépenses susceptibles de nous octroyer des retours de paiements puisque, avec les programmes prioritaires, nous sommes devant des investissements directement productifs puisque des entreprises privées sont prêtes à consacrer, pour le programme Minast, 139 millions de francs pour assurer le bénéfice de l'entreprise et développer l'emploi. La revitalisation, dont nous parlons souvent, dépend aussi de la collaboration étroite entre les laboratoires de recherche et les entreprises. Avec Minast, il y aura un soutien direct aux petites et moyennes entreprises qui représentent le tissu industriel du pays. A moins que l'on ait des vues à très court terme et très partielles, il n'est pas possible de parler, dans le cas d'une réduction des montants accordés aux programmes prioritaires, de mesures d'économies.

Avant de conclure et en vous priant de soutenir les deux crédits rétablis à leur montant maximum, je citerai une remarque faite en commission par M. le rapporteur de langue française. Il a déclaré qu'il ne voulait en rien polémiquer et que l'on peut partager, c'est-à-dire que «quel que soit l'état de ses finances, un pays qui peut dépenser 2 milliards de francs pour son fromage, pourrait aussi dépenser 300 millions de francs pour sa recherche de pointe.»

Mühlemann Ernst (R, TG): Angesichts von drei Minderheitsanträgen haben Sie jetzt zu entscheiden.

Der Antrag der Minderheit I (Grossenbacher) ist ein klares Bekenntnis zum Sparwillen des Bundesrates auch im Bereich der Forschung. Ich habe jahrelang für Investitionen in der Forschung gekämpft und betrachte das nach wie vor als wichtiges Ziel. Wir haben in den letzten zehn Jahren in diesem Lande für den Denkplatz Schweiz sehr viel erreicht. Wir haben es auch fertiggebracht, trotz des Widerstandes, die Mitwirkung an den europäischen Forschungsprogrammen aufzunehmen. Aber bitte, übertreiben Sie nicht; denn jedes System – das hat schon Perikles gesagt – geht an seiner Übertreibung zugrunde. Es ist möglich, wenn wir jedes Jahr 6 bis 7 Millionen Franken weniger haben, mit diesen Forschungsprogrammen auszukommen. Deswegen geht wahrhaftig die Welt nicht unter, und dieses kleine Zeichen des Sparwillens auch in diesem Bereich muss erbracht werden.

Ich bin deshalb der Meinung, dass man dem Antrag der Minderheit I (Grossenbacher) zustimmen soll.

Etwas anderes sind die Schwerpunktprogramme. Es ist auch ein Verdienst, nicht zuletzt von Herrn Staatssekretär Ursprung, dass wir endlich Prioritäten in den Forschungsprogrammen gefunden haben. Aber es liegt im Zeichen der Zeit, dass die Forschung dort stärker wird, wo eben dieses 20. Jahrhundert stark ist, nämlich im Materialismus, im Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlichen Denkformen. Ich bedaure das sehr, und wir haben dagegen anzuerkennen, dass nur eine technologisch orientierte Gesellschaft die Zukunft bestimmt.

Die Geisteswissenschaften sind auch noch da, und zum ersten Mal ist ein Schwerpunktprogramm – unter diesen sieben – geisteswissenschaftlich orientiert. Ich vermeide hier bewusst den Ausdruck «sozialwissenschaftlich». Es geht bei diesem Programm um nichts anderes als um Erforschungen, die im Zusammenhang mit diesem Staat Schweiz stehen, um sein Verhältnis zu seinen Nachbarn, um Probleme, die im Zusammenhang mit den hohen Qualitäten der direkten Demokratie, der föderalistischen Struktur und meineterwegen auch der permanenten Neutralität stehen – wesentliche Forschungsgebiete auch für die politische Zukunft unseres Landes.

Ich hoffe nur, dass dieses Schwerpunktprogramm – dafür sind Sie, Frau Bundesrätin, verantwortlich – politisch neutral behandelt wird, damit es keine Angriffsflächen bietet. Und dann, Frau Fehr, bin ich der Meinung, dass wir unter den sieben Programmen nicht ausgerechnet dieses einzige streichen müssen, das eine andere Richtung als Ergänzung angibt – das neben eine mathematisch orientierte Technologiegesellschaft auch eine Kulturgesellschaft stellt.

Ich bitte Sie, darauf zu verzichten, Programmschwerpunkte als Ganzes zu streichen. Man kann innerhalb der Schwerpunktprogramme Module zurückstecken, diese Programme sind ja modular aufgebaut. Wenn weniger Geld vorhanden ist, muss man automatisch einzelne Module streichen. Hier ist eine sehr gescheite Beweglichkeit eingebaut worden. Ich bitte Sie deshalb, bei diesem einzigen geisteswissenschaftlichen Programm zu bleiben und den Antrag der Minderheit II (Fehr) abzulehnen.

Was die Minderheit III (Schmid Peter) will, geht auch mir natürlich zu weit. Das Parlament soll nicht im einzelnen bestimmen, wo die Schwerpunktprogramme ihre Schwerpunkte haben. Natürlich ist das Hobby von Herrn Schmid seit langem bekannt, es ist die Ökologie. Dass er dafür kämpft, ist sein gutes Recht. Aber überlassen wir es doch den Forschern, die Schwerpunkte ihrer Forschungstätigkeit zu entdecken.

Was wir sehr viel mehr beachten müssen, Herr Schmid, ist die Kontrolle dieser Schwerpunktprogramme. Wir haben in diesem Haus einmal in grosser Eintracht eine neue Forschungsstelle in Würenlingen geschaffen und glaubten, das würde jetzt die nationale Forschungsstätte. Wir haben es versäumt, durch Kontrolle rechtzeitig einzugreifen und dort Weichenstellungen vorzunehmen.

Ich empfehle Ihnen, auch den Antrag der Minderheit III (Schmid Peter) abzulehnen, aber dabei nicht zu vergessen, dass wir die Verantwortung der Kontrolle über alle sieben Schwerpunktprogramme haben – darüber, dass der finanzielle Rahmen eingehalten wird, dass sie politisch neutral durchgeführt werden und dass sie der Zukunft unseres Landes dienen.

Scheurer Rémy (L, NE), rapporteur: Je vous invite, au nom de la majorité de la commission, à rejeter aussi bien la proposition de la minorité II (Fehr) que celle de la minorité III (Schmid Peter).

Il faut maintenir un équilibre, cela a été dit souvent ce matin, entre les sciences humaines et les sciences techniques. «Demain la Suisse» est un élément important pour la promotion des sciences humaines. Nous ne pouvons pas prendre la responsabilité, pour des raisons purement financières, de déséquilibrer à ce point l'intérêt que nous manifestons à l'égard de la recherche.

De même, la proposition de minorité III (Schmid Peter) est outrancière dans l'autre sens, dans la mesure où elle protège excessivement, en cas de coupures rendues nécessaires, des

programmes qui touchent aux sciences humaines et à l'environnement.

Pour l'équilibre général de la recherche, je vous demande de repousser les propositions des minorités II et III et, quant à la somme, une fois encore, de voter à l'alinéa 1er comme la majorité, soit 149 millions de francs.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je remarque à l'issue de cette discussion qu'il y fondamentalement un accord sur les sujets proposés en termes de programmes prioritaires de recherche, et cela me réjouit.

Dans un premier round de discussions, nous avons entendu des critiques quant aux critères ou à l'absence de transparence des critères pour les choix en matière de recherche orientée. Je constate avec satisfaction qu'ils représentent des besoins essentiels pour notre pays et que la plupart ont exprimé leur soutien ou la reconnaissance au moins de l'importance des choix qui vous sont proposés.

J'ai aussi ressenti, au cours de cette discussion, un certain malaise qui ressort d'un décalage entre les moyens que vous propose le Conseil fédéral à mettre à disposition des programmes prioritaires, et les objectifs tels qu'ils sont formulés dans le message.

C'est vrai qu'il y a un certain décalage. C'est vrai que le message fait état d'ambitions, de possibilités qui ne correspondent pas exactement aux sommes proposées. Pourquoi? Parce que, tout simplement, des épisodes successifs ou divers actes ont eu lieu quant à la détermination de l'enveloppe financière qui doit être consacrée aux programmes prioritaires. Après un premier tour qui a laissé les chercheurs eux-mêmes formuler leurs objectifs, qui a ensuite vu l'appréciation par les organes consultatifs puis des propositions formulées au sein du Département fédéral de l'intérieur, chacune de ces étapes consistant à diminuer les crédits, le Conseil fédéral, finalement, a réalisé encore des coupures.

Cela explique qu'entre les prises de position du Fonds national suisse de la recherche scientifique, du Conseil des écoles polytechniques fédérales, ainsi que le message et l'enveloppe budgétaire, il y a un certain nombre de décalages. Cependant, le Conseil fédéral est persuadé que si toutes les ambitions du message ne peuvent pas être réalisées, les sept programmes doivent pouvoir trouver une réalisation, et que la décision qu'il a prise est une contribution à l'équilibre des finances publiques, contribution qui lui tient à coeur et qui lui est demandée également avec insistance.

C'est pourquoi, au nom du Conseil fédéral, j'aimerais remercier la minorité I (Grossenbacher) du soutien qu'elle apporte à son projet, un soutien quant au contenu des programmes de recherche, quant à leur libellé et quant à l'enveloppe budgétaire qui leur est consacrée. Le Conseil fédéral, bien sûr conscient de ce décalage que je viens d'évoquer, devra prendre des mesures dans le cadre restrictif qu'il s'est lui-même fixé et qu'il vous propose.

Cela signifie, d'une part, une réduction pour certains de ces programmes, et en particulier les programmes nouveaux, avec des réductions qui peuvent toucher l'un ou l'autre des modules qui les composent. Cela signifie, d'autre part, que des synergies seront trouvées entre le programme «Demain la Suisse» et le programme national de recherche «Fondements et potentialités de la politique extérieure suisse». Ces synergies seront réalisées – si vous me permettez l'expression – dans le sens où des questions actuellement posées au titre des programmes prioritaires pourront être transférées dans l'ensemble des questions auxquelles le programme national de recherche est censé répondre.

Donc, le Conseil fédéral, heureux du soutien de la minorité I, vous recommande de la suivre.

En ce qui concerne la minorité II (Fehr), le Conseil fédéral s'oppose fermement à l'idée de supprimer le programme prioritaire «Demain la Suisse», et cela essentiellement pour les trois raisons suivantes:

1. La part des moyens attribués aux sciences sociales par l'économie privée est extrêmement faible, contrairement à d'autres secteurs de la recherche. C'est donc bien à l'Etat qu'il importe d'identifier les lacunes existantes et de prendre en

charge le financement de la recherche dans ce domaine. Il n'y a pas, dans ce domaine, d'autres organes, d'autres instances, d'autres secteurs qui puissent prendre le relais. C'est notre responsabilité, et, j'ai déjà eu l'occasion de le dire tout à l'heure, c'est une responsabilité d'autant plus grande que les lacunes ont été mises en évidence.

2. Dans la plupart des domaines scientifiques, des activités de recherche peuvent avoir lieu également indépendamment des programmes prioritaires, mais cela n'est pas non plus le cas dans le domaine des sciences sociales – c'est la raison d'ailleurs de leur faiblesse –, qui se font uniquement et exclusivement dans les hautes écoles avec peu d'actions parallèles ou de financements qui ne reposent pas sur de telles recherches orientées.

3. Cela est tout aussi important, le nombre toujours grandissant d'étudiants crée un besoin d'encadrement toujours plus intense. M^{me} Grossenbacher, dans la première partie de la discussion, a mis en évidence, justement pour les sciences humaines, la dégradation du rapport entre enseignants et enseignés.

Or, la qualité de l'enseignement passe aussi par la qualité de la recherche. Mais il y a un cercle vicieux: les enseignants mobilisés principalement par l'enseignement n'ont pas les moyens de faire cette recherche. Nous devons donc bien créer ici les moyens pour un développement de la recherche qui, à terme, permettra une amélioration de l'enseignement, et non pas par la rareté des ressources, créer une situation où ceux qui devraient être les chercheurs s'épuisent uniquement dans des activités d'enseignement, des activités de qualité moindre parce qu'elle ne sont pas branchées sur la recherche de pointe. Donc, pour que la garantie puisse être donnée d'un enseignement de qualité, il faut entreprendre maintenant, tout de suite, des activités de recherche qui comblent les lacunes de la Suisse dans ce domaine.

Il est clair qu'il s'agit de lacunes quantitatives, de lacunes qualitatives également, et que l'équilibre et l'honnêteté scientifique de la recherche dans ce domaine dépendent aussi de l'accent que nous y mettons et des moyens mis à disposition de ces chercheurs.

Abs. 1 – Al. 1

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire

Für den Antrag der Minderheit I	107 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	35 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit	90 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III	53 Stimmen

Definitive, namentliche Abstimmung

Vote définitif, par appel nominal

(Ref.: 1435)

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:

Votent pour la proposition de la majorité:

Aguet, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Bodenmann, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Comby, Couchepin, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Diener, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Jöri, Læmann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Marti Werner, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Ostermann, Pidoux, Rechsteiner, Ruffy, Sandoz, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmied Walter, Singeisen, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Stucky, Thür, Tschopp, Vollmer, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Zbinden, Züger, Zwygart (72)

*Für den Antrag der Minderheit I stimmen:**Votent pour la proposition minorité I:*

Allenspach, Bezzola, Bircher Peter, Bonny, Borradori, Bürgi, Camponovo, Chevallaz, Cincera, Columberg, Cornaz, Deiss, Dettling, Dormann, Ducret, Engler, Epiney, Fehr, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Fritschi Oscar, Gadiant, Giger, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Jenni Peter, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Mamie, Maurer, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Narbel, Neuenschwander, Oehler, Raggenbass, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Rutishauser, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Theubet, Tschuppert Karl, Vetterli, Weyeneth, Wick, Wittenwiler, Wyss William, Zwahlen (72)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Fischer-Seengen, Pini, Spoerry (3)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borer Roland, Bortoluzzi, Bühler Gerold, Caccia, Dreher, Dünki, von Felten, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Früh, Giezendanner, Gobet, Gross Andreas, Heberlein, Herczog, Iten Joseph, Jäggi Paul, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maitre, Maspoli, Meier Hans, Nabholz, Nebiker, Perey, Philipona, Poncet, Robert, Rohrbasser, Ruf, Rychen, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Suter, Tschäppät Alexander, Wanner, Ziegler Jean, Zisyadis (52)

*Mit Stichentscheid des Präsidenten**wird der Antrag der Mehrheit angenommen**Avec la voix prépondérante du président la proposition de la majorité est adoptée**Abs. 2 – Al. 2**Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit 72 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 68 Stimmen

Art. 2*Antrag der Kommission**Abs. 1*

.... von 146 Millionen Franken bewilligt.

Abs. 2

.... auf 79,4 Millionen Franken.

Art. 2*Proposition de la commission**Al. 1*

.... 146 millions

Al. 2

.... à 79,4 millions

*Angenommen – Adopté***Art. 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung*

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

(Ref.: 1391)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguélin, Bircher Peter, Bodenmann, Bonny, Borel François, Borradori, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bugnon, Bühl-

mann, Bundi, Bürgi, Carobbio, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Comby, Couchepin, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Diener, Dormann, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Seengen, Gadiant, Giger, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hegetschweiler, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Jöri, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Narbel, Oehler, Ostermann, Pidoux, Pini, Rechsteiner, Ruffy, Rutishauser, Sandoz, Savary, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schweingruber, Segmüller, Singeisen, Spoerry, Stamm Judith, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Thür, Tschopp, Tschuppert Karl, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen (113)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Allenspach, Columberg, Cornaz, Dettling, Dreher, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Fritschi Oscar, Hess Otto, Jenni Peter, Kern, Maurer, Miesch, Moser, Müller, Neuenschwander, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schnider, Stamm Luzi, Steinemann, Vetterli, Weyeneth (26)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Camponovo, Hari, Hildbrand, Mamie, Mauch Rolf, Raggenbass, Schenk (7)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borer Roland, Bortoluzzi, Bühler Gerold, Caccia, Caspar-Hutter, Dünki, von Felten, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Früh, Giezendanner, Gobet, Gross Andreas, Heberlein, Herczog, Iten Joseph, Jäggi Paul, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maitre, Maspoli, Meier Hans, Nabholz, Nebiker, Perey, Philipona, Poncet, Robert, Rohrbasser, Ruf, Rychen, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Suter, Tschäppät Alexander, Ziegler Jean, Zisyadis, Zwygart (53)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude (1)

G. Bundesbeschluss über die Kredite des Bundes nach Artikel 16 des Forschungsgesetzes für die Jahre 1996–1999

G. Arrêté fédéral allouant des crédits en vertu de l'article 16 de la loi sur la recherche pour la période 1996–1999

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

*Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Art. 1–7***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–7*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung*Vote sur l'ensemble, par appel nominal*

(Ref.: 1392)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Bircher Peter, Bodenmann, Bonny, Bugnon, Bundi, Bürgi, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Columberg, Comby, Cornaz, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Dreher, Eggenberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fritschi Oscar, Gadiant, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jenni Peter, Jöri, Kühne, Lee-mann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Mamie, Marti Werner, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Maurer, Meier Samuel, Miesch, Misteli, Müller, Narbel, Neuenschwander, Ostermann, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Ruckstuhl, Rutishauser, Sandoz, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schneider, Schweingruber, Segmüller, Singeisen, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steinegger, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Thür, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen

(116)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Kern, Steinemann

(2)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aguet, Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borel François, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bühler Gerold, Caccia, Campionovo, Cavadini Adriano, Cincera, Couchepin, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggly, Eymann Christoph, von Felten, Fischer-Sursee, Frey Walter, Friderici Charles, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gross Andreas, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maître, Maspoli, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Mühlemann, Nabholz, Nebiker, Oehler, Perey, Philipona, Poncet, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruf, Ruffy, Rychen, Savary, Schenk, Seiler Hanspeter, Steiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Steiner Rudolf, Suter, Tschäppät Alexander, Ziegler Jean, Zisyadis, Zwygart

(81)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude

(1)

H. Bundesgesetz über die Hochschulförderung**H. Loi fédérale sur l'aide aux universités***Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen**L'entrée en matière est décidée sans opposition***Detailberatung – Discussion par articles****Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. 1 introduction*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 4***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Weyeneth**Abs. 1**

.... Grundbeiträge und Investitionsbeiträge.

(Rest des Absatzes streichen)

Abs. 2

.... für die Grundbeiträge sowie den Verpflichtungskredit für die Investitionsbeiträge.

(Rest des Absatzes streichen)

Abs. 3

.... Grundbeiträgen und Investitionsbeiträgen ausserordentliche Beiträge gewähren.

(Rest des Absatzes streichen)

Art. 4*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Weyeneth**Al. 1**

.... et des subventions forfaitaires.

(Biffer le reste de l'alinéa)

Al. 2

.... de base et le crédit d'engagement pour les subventions aux investissements.

(Biffer le reste de l'alinéa)

Al. 3

.... et des subventions aux investissements.

(Biffer le reste de l'alinéa)

Le président: Aux articles 4, 7 et 11 les propositions de M. Weyeneth tombent. C'est une conséquence du vote intervenu à l'arrêté A.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission**Adopté selon la proposition de la commission***Art. 5 Abs. 5***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 5 al. 5*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 7 Abs. 1, 2 Bst. d***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Weyeneth**Abs. 1**

.... bleibt vorbehalten. Bauten für Hochschulkliniken der Humanmedizin sind nicht beitragsberechtigt.

Abs. 2 Bst. d

d. Hochschulkliniken der Zahnmedizin und der Veterinärmedizin und für Mehrzweckanlagen

Art. 7 al. 1, 2 let. d*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Weyeneth**Al. 1**

.... demeurent réservés. Les constructions en faveur de cliniques universitaires et de médecine humaines ne sont pas subventionnables.

Al. 2 let. d

d. universitaires dentaires et vétérinaires ainsi que d'autres bâtiments

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission**Adopté selon la proposition de la commission*

Art. 8 Abs. 2*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 8 al. 2*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 11a–11d***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Weyeneth

Streichen

Art. 11a–11d*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Weyeneth

Biffer

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission**Adopté selon la proposition de la commission***Gliederungstitel vor Art. 13; Art. 13; 13a; Ziff. II***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre précédant l'art. 13; art. 13; 13a; ch. II*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung**Vote sur l'ensemble, par appel nominal*

(Ref.: 1396)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Bircher Peter, Bodenmann, Bonny, Bugnon, Bundi, Bürgi, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Danuser, Darbellay, de Dardel, Dormann, Eggenberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Fritschi Oscar, Gadiant, Giezendanner, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hämmerle, Hari, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jenni Peter, Jöri, Kern, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Mamie, Marti Werner, Matthey, Mauch Rolf, Meier Samuel, Miesch, Misteli, Mühlemann, Narbel, Neuschwander, Oehler, Ostermann, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Schenk, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Singeisen, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wannier, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen, Zwygart (116)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Steinemann

(1)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aguet, Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borel François, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bühler Gerold, Caccia, Campionovo, Cavadini Adriano, Couchepin, David, Deiss, Dettling,

Diener, Dreher, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggly, Eymann Christoph, von Felten, Frey Walter, Friderici Charles, Früh, Giger, Gobet, Gross Andreas, Hafner Ursula, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maître, Maspoli, Mauch Ursula, Maurer, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Müller, Nabholz, Nebiker, Perey, Philipona, Poncet, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruf, Ruffy, Savary, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Suter, Thür, Tschäppät Alexander, Ziegler Jean, Zisyadis (82)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude

(1)

I. Bundesgesetz über die Forschung**I. Loi fédérale sur la recherche***Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen**L'entrée en matière est décidée sans opposition**Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Ziff. I, II***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I, II*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung**Vote sur l'ensemble, par appel nominal*

(Ref.: 1397)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlín, Bircher Peter, Bodenmann, Bonny, Bugnon, Bundi, Bürgi, Carobbio, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dormann, Dreher, Eggenberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Häggingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Fritschi Oscar, Gadiant, Giezendanner, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jenni Peter, Jöri, Kern, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Mamie, Matthey, Meier Samuel, Meyer Theo, Miesch, Misteli, Mühlemann, Narbel, Neuschwander, Oehler, Ostermann, Pidoux, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Segmüller, Singeisen, Spoerry, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Tschopp, Vetterli, Vollmer, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen, Zwygart (111)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Maurer, Müller, Sandoz

(3)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Steinemann

(1)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aguet, Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bischof, Blatter, Blocher, Borel François, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bühler Gerold, Caccia, Campionovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Couchepin, Dettling, Diener, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggly, Eymann Christoph, von Felten, Frey Walter, Friderici Charles, Früh, Giger, Gobet,

Gross Andreas, Gysin, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Keller Anton, Keller Rudolf, Ledergerber, Lepori Bonetti, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Meier Hans, Moser, Moser Holz, Nebiker, Perey, Philipona, Poncet, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruf, Ruffy, Savary, Schenk, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stalder, Steffen, Steingger, Suter, Thür, Tschäppät Alexander, Tschuppert Karl, Wanner, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis (84)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude

(1)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

95.3075

Postulat WBK-NR (94.102)
Finanzströme und Statistik
Postulat Csec-CN (94.102)
Flux financier et statistique

Wortlaut des Postulates vom 10. Februar 1995

Der Bundesrat wird eingeladen, dem Parlament innert Jahresfrist Bericht zu erstatten über:

- sämtliche Finanzströme im Bereich der Bildungs- und Wissenschaftsförderung (einschliesslich Ressortforschung) des Bundes, so dass ein umfassender und detaillierter Überblick erhalten wird;
- die notwendigen Anpassungen der jährlich mit Voranschlag und Rechnung publizierten Statistiken und allenfalls der Kreditruhrisierungen, so dass der Überblick während der jährlichen Vorschlagsbehandlung gewährleistet bleibt und internationale Vergleiche (OECD-Statistiken) erleichtert werden.

Texte du postulat du 10 février 1995

Le Conseil fédéral est prié, dans le délai d'un an, de présenter un rapport sur:

- l'ensemble du flux financier versé par la Confédération dans le domaine de la promotion de la science et de la formation, en vue de fournir un tour d'horizon complet et détaillé;
- l'adaptation nécessaire des statistiques annuelles publiées conjointement au budget et au compte d'Etat et, le cas échéant, des rubriques des crédits, de manière à garantir une vue d'ensemble lors de l'examen annuel du budget et de faciliter les comparaisons sur le plan international (statistiques de l'OCDE).

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 13. März 1995

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich das Postulat auf die Hochschul- und Forschungspolitik, nicht aber auf die Berufsbildung bezieht. Obwohl zur Verwirklichung der Transparenz der Finanzströme und einer einheitlichen Statistik bereits erste Schritte unternommen wurden, ist die im Kommissionspostulat festgesetzte Frist bis zur Berichterstattung zu kurz. Dies aus folgenden Gründen:

- Die Finanzströme sind sehr schwierig zu ermitteln, insbesondere auf Stufe der Kantone und wenn eine thematische Aufteilung erfolgen soll, da Subventionen des Bundes über die Hochschulförderung und die Forschungsförderung fließen.
- Statistiken sind sehr arbeitsaufwendig – bestehende nützliche Informationen sollten daher im Interesse der jahrelangen Vergleichbarkeit nicht leichtfertig geändert werden. Wichtiger als detaillierte Statistiken sind vergleichbare Zeitreihen.
- Das Problem inkompatibler Statistiken in der Bundesverwaltung ist erkannt: Erste Schritte zu einer Verbesserung der Situation wurden aufgenommen. Gemäss Beschluss des Interdepartementalen Ausschusses für Wissenschaft und Forschung (IDA-WI) werden vorerst die Finanzverwaltung und das Bundesamt für Statistik ihre Forschungserhebungen harmonisieren. Diese Harmonisierung wird jedoch erst 1996 abgeschlossen.
- Eine verlässliche Darstellung der Finanzflüsse muss sich auf eine neu konzipierte Statistik stützen, welche, wie oben ausgeführt, Mitte 1996 noch nicht vorliegen wird. Innert Jahresfrist könnte also höchstens ein Statusbericht über den Fortschritt der Arbeiten vorgelegt werden – dieser würde aber mehr technische als inhaltliche Informationen enthalten, so dass eine Abgabe an das Parlament wenig sinnvoll wäre. Der Bericht könnte aber der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur vorgelegt werden.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 13 mars 1995

Le Conseil fédéral suppose que le postulat se réfère au secteur des universités et de la recherche scientifique, à l'exclusion de la formation professionnelle. Bien que les travaux soient déjà engagés pour rendre plus transparents les flux financiers et dresser une statistique homogène, le délai fixé par la commission est trop court pour rendre un rapport, et ce pour les raisons suivantes:

- Il est très difficile de mesurer les flux financiers, notamment à l'échelon des cantons, et plus encore d'en analyser la distribution fonctionnelle, étant donné que les subventions fédérales sont allouées aux deux titres de l'aide aux universités et de l'encouragement de la recherche.
- L'établissement de statistiques est une entreprise qui demande beaucoup de travail. Aussi, il paraît peu opportun de remanier des sources d'information existantes, car tout changement rendrait aléatoire la comparabilité des données sur une longue période. Or, les séries chronologiques comparables sont autrement plus parlantes que les statistiques isolées, aussi détaillées qu'elles soient.
- Le problème des incompatibilités statistiques au sein de l'administration fédérale est identifié et des travaux sont amorcés pour y remédier. Conformément à la décision du Comité interdépartemental de la science (IDA-WI), une première concertation des relevés de données concernant la recherche scientifique doit intervenir entre l'Administration fédérale des finances et l'Office fédéral de la statistique. Toutefois, cette harmonisation ne sera pas acquise avant 1996.
- Pour être fiable, un tableau des flux financiers doit se fonder sur une statistique de nouvelle conception. Or, ces données, comme on vient de le dire, ne seront pas disponibles avant le milieu de l'année 1996.

Dans le délai d'une année, seul un rapport sur l'état d'avancement des travaux pourrait être fourni. Toutefois, ce rapport comprendrait des renseignements techniques plutôt que des informations de fond, de sorte qu'une large diffusion à tous les parlementaires ne serait pas forcément utile. On pourrait se contenter de le rendre à la Commission de la science, de l'éducation et de la culture.

Förderung der Wissenschaft in den Jahren 1996-1999. Kredite

Promotion de la science dans les années 1996-1999. Crédits

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.102
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.03.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	859-886
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 470

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.